

Die Wahl zum 17. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017

Wahlnachtbericht und erste Analyse

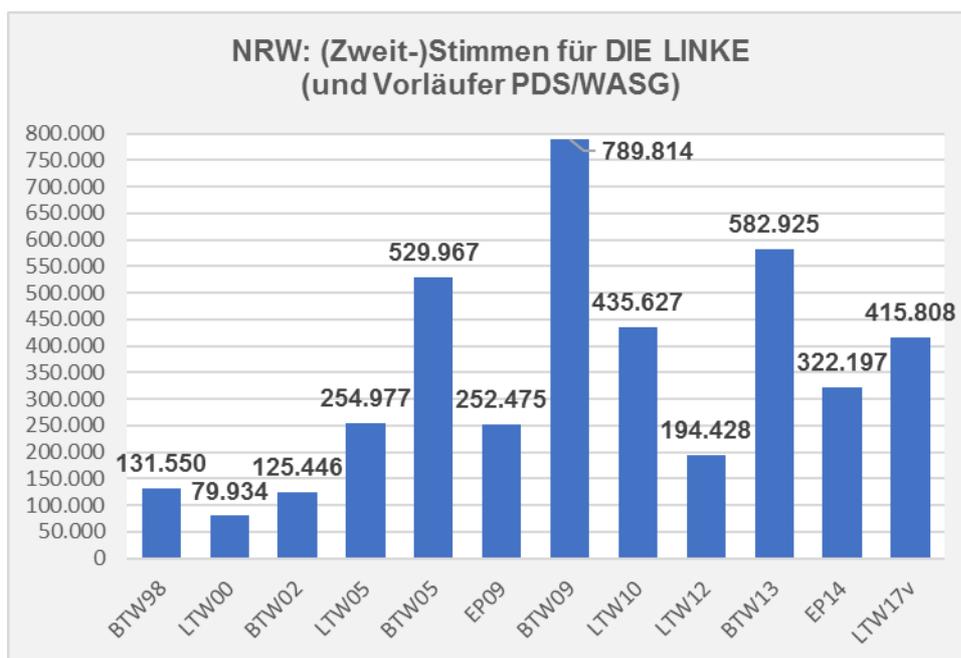
Das Ergebnis in der Übersicht

	LTW 2012		LTW 2017		Veränderung	
	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate
Wahlbeteiligung	59,6%	237	65,2%	199		-38
SPD	39,1%	99	31,2%	69	-7,9%	-30
CDU	26,3%	67	33,0%	72	6,7%	5
Grüne	11,3%	29	6,4%	14	-4,9%	-15
FDP	8,6%	22	12,6%	28	4,0%	6
Piraten	7,8%	20	1,0%		-6,8%	-20
LINKE	2,5%	-	4,9%		2,4%	
AfD			7,4%	16	7,4%	16
Andere	4,4%		3,5%		-0,9%	

INHALT

Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung	3
Wahlbeteiligung und Rückhalt der Parteien in den zurückliegenden Wahlen	5
Auskünfte der Vorwahlbefragungen	7
Auskünfte der Wahltagsbefragungen	11
Wer wählte was?	21
Wählerwanderungen.....	27
Wahlkreis-Ergebnisse (Zweitstimmen)	

Ergebnisse der Landtagswahlen in NRW seit 2000					
	LTW00	LTW05	LTW10	LTW12	LTW17
Wahlberechtigte	13.061.265	13.230.366	13.267.052	13.262.049	13.164.832
Nichtwähler	5.651.866	4.897.003	5.396.640	5.360.781	4.585.790
Wähler	7.409.399	8.333.363	7.870.412	7.901.268	8.579.042
Ungültige Stimmen	72.988	89.349	109.866	107.273	91.669
Gültige Stimmen	7.336.411	8.244.014	7.760.546	7.793.995	8.487.373
CDU	2.712.176	3.696.506	2.681.700	2.050.321	2.797.084
SPD	3.143.179	3.058.988	2.675.818	3.049.983	2.649.513
Grüne	518.295	509.293	941.162	884.298	539.059
FDP	721.558	508.266	522.229	670.082	1.065.209
LINKE (PDS/WASG)	79.934	254.977	435.627	194.428	415.808
Piraten			121.056	609.176	80.939
AfD					624.552
NPD	2.357	73.969	55.400	40.007	28.933
Sonstige	158.912	142.015	327.554	295.700	286.276
Wahlbeteiligung	56,7%	63,0%	59,3%	59,6%	65,2%
Verteilung der gültigen Stimmen					
CDU	37,0%	44,8%	34,6%	26,3%	33,0%
SPD	42,8%	37,1%	34,5%	39,1%	31,2%
Grüne	7,1%	6,2%	12,1%	11,3%	6,4%
FDP	9,8%	6,2%	6,7%	8,6%	12,6%
LINKE (PDS/WASG)	1,1%	3,1%	5,6%	2,5%	4,9%
Piraten			1,6%	7,8%	1,0%
AfD					7,4%
NPD		0,9%	0,7%	0,5%	0,3%
Sonstige	2,2%	1,7%	4,2%	3,8%	3,4%

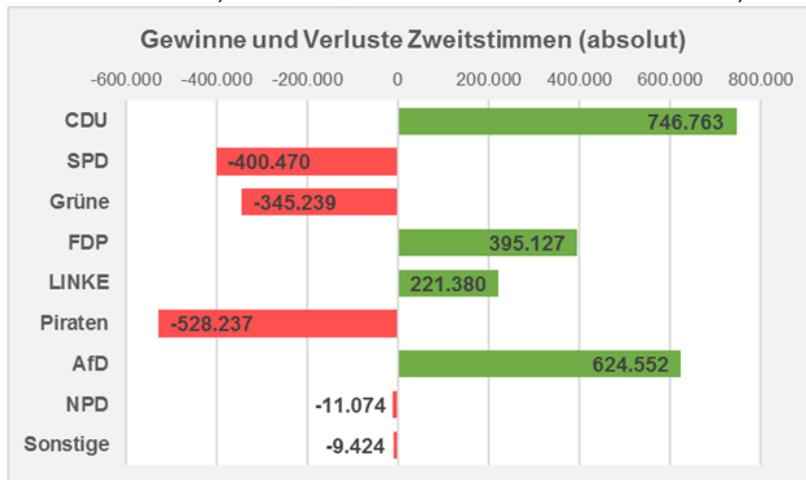


ZUSAMMENFASSUNG DES WAHLERGEBNISSES UND ERSTE BEWERTUNG

Das Wahlergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gleicht mit Blick auf die Vorwahl einem politischen Erdbeben. Eine Landesregierung abgewählt, hohe Stimmengewinne für die CDU. Gleichzeitig halten sich die Überraschungen in Grenzen, sofern man, auch in den letzten Monaten, abgefragte Stimmungen und tatsächliche Stimmen auseinandergelassen hat sowie über den Tellerrand der Vorwahl hinausblickte: Es wäre wirklich erstaunlich gewesen, wenn die CDU ihren Kopf nicht aus dem tiefen Loch, in welchem sie 2012 verschwand, wieder erhoben hätte...

Die rotgrüne Landesregierung wurde mit deutlichen Verlusten für beide Regierungsparteien abgewählt. Statt 50,4% der gültigen Stimmen erhielten die beiden Parteien nur noch 37,6% der gültigen Stimmen. Sie verloren 745.000 Stimmen, das sind 19,4% der Zweitstimmen von 2012. Einen solch klaren Verlust der Regierungsmehrheit hat es bisher selten gegeben.

Auch ein im Vorfeld der Wahlkampfphase diskutiertes rot-rot-grünes Bündnis verfehlte deutlich eine rechnerische Mehrheit. SPD, Grüne und Linke erhielten zusammen nur noch 42,5% der gültigen Stimmen nach 53% in 2012 und 52,2% in 2010. Die »kleine Bundestagswahl« bestätigt die bereits nach der Bundestagswahl 2013 hier vertretene Ansicht, dass es im Bundestag nur eine eher zufällige rechnerische Mehrheit links von der Union gibt, die sich allein dem knappen Scheitern von FDP und AfD verdankt, aber nicht durch politische Zustimmung in der Gesellschaft gedeckt ist. 2012 wählten 60,8% der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen Parteien, die sich links von der Union positionierten. Aktuell schrumpfte dieser Teil auf nur noch 43,5%. Von den riesigen Verlusten von SPD, Grünen und Piraten – 1,27 Mio. Zweitstimmen - kamen nur 17,4% als Zuwachs bei der Linkspartei an.



Das Parteienspektrum hat sich nach rechts verschoben. Trotz Einzug der AfD ins Parlament reicht es entgegen allen Stimmungsbildern und Prognosen der Vorwahlumfragen knapp für eine »klassische« Zweierkoalition aus CDU und FDP. Ironischerweise verdankt sich diese Mehrheit dem knappen Scheitern der Linkspartei.

Die CDU ist mit ihrem zweitschlechtesten Ergebnis seit 1947 bei einer Landtagswahl in NRW die große Wahlsiegerin des Tages. Sie wird stärkste Fraktion, wird den Ministerpräsidenten stellen und verschafft sich Rückenwind für die Bundestagswahl – das alles mit einem Ergebnis, welches kaum die Verluste von 2012 (26,3%) gegenüber 2010 (34,6%) ausgleicht. Von alter Stärke bleibt die Union weit entfernt.

Eindeutig zählt die FDP zu den Gewinnern des Wahltages. Sie wird drittstärkste Kraft im Parlament, erzielt ihr bestes Landtags-Ergebnisse in NRW und liegt damit im oberen Bereich ihres Potentials im Land. (Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2009 in NRW: 14,9%). Sie kann zusammen mit der CDU die neue Landesregierung stellen. Dieses Ergebnis verdankt sie vor allem Christian Lindner, der dank dieses Erfolges allerdings auf dem Sprung in den Bundestag ist.

Auch die AfD muss wieder in der Aufzählung der Wahlgewinner angeführt werden. Sie erreicht ein leicht besseres Ergebnis als in den letzten Umfragen, bleibt aber weit von der

Zweistelligkeit früherer Stimmungswerte entfernt. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Aufstellung der AfD als rechte Bewegungspartei mögen dazu ebenso beigetragen haben wie die abnehmende mediale Präsenz und gesellschaftspolitische Erregung über die Zuwanderungsthematik. Auch von der gestiegenen Wahlbeteiligung konnte die AfD nur unterdurchschnittlich profitieren. Offenbleiben muss hier, inwieweit die eindeutige Positionierung der FDP gegen eine Koalition unter Einschluss der Grünen potentielle AfD-Wähler zur FDP gezogen hat. Besonders gute Ergebnisse von bis zu 15% erzielte die AfD in alten Zentren des Ruhrgebietes wie Duisburg, Gelsenkirchen, Recklinghausen.

DIE LINKE erlebte einen Zitter-Abend. Sie erreichte nicht ihr Wahlziel, den Wiedereinzug in das Landesparlament. Aber es war äußerst knapp, und das macht aus dem Ergebnis einen »bitteren Erfolg«: An Prozenten zugelegt, aber am Ende zählt es nicht. Gleichwohl sind knapp 5% eine gute Vorlage für die Bundestagswahl. In Köln, Bielefeld, Dortmund, Wuppertal, Bochum, Düsseldorf erzielte die Partei mit 7%-12,1% in den Wahlkreisen herausragende Ergebnisse mit hohen Zuwächsen (bester Wahlkreis 2012 war Bielefeld I mit 5,6%). In diesen Wahlkreisen erreichte mit geringen Ausnahmen die AfD nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. In einem knappen Drittel der Wahlkreise erreichte DIE LINKE 5% und mehr. Gegenüber 2012 konnte sie ihre Zweitstimmen mehr als verdoppeln, blieb damit jedoch unter dem Ergebnis von 2010. Mittelfristig wird die Partei sich mit der Frage beschäftigen und sie plausibel beantworten müssen, warum sie bei einer so großen Bewegung von früheren Wählerinnen und Wählern der Parteien links von der Union, von Grünen, SPD und Piratenpartei landesweit in nur so geringem Maße als Alternative in Frage gekommen ist.

Die Grünen landen in etwa dort, wo sie bereits 2005 standen. Sieben Regierungsjahre haben statt zur Festigung und zum Ausbau der Wählerbasis zu deren Halbierung beigetragen. Das »schlechte Regieren« wirkte sich vor allem in der Schulpolitik aus, ein Thema, welches für eine relative Mehrheit der Wählerinnen und Wähler »das wichtigste« für ihre Wahlentscheidung war. Mit eigenen grünen Themen konnten sich die Landes-Grünen nicht hervortun. Auch der Ausschluss einer Jamaika-Koalition vermochte den Abwärtstrend nicht mehr zu drehen.

Die SPD ist die eindeutige Verliererin des Wahlabends und sieht sich jetzt mit der Kehrseite des im Februar-März erzeugten Stimmungshypes um einen »Schulz-Zug« ins Kanzleramt konfrontiert. Nicht nur ging mit Hannelore Kraft ein Ministerpräsidentenamt verloren und im gleichen Atemzug eine Landesvorsitzende und stellvertretende Parteivorsitzende. Auch die innerparteiliche Mobilisierung für die Bundestagswahl droht in sich zusammenzufallen. In dieser Hinsicht erntet die SPD, womit man rechnen muss, wenn man Politik vor allem auf die Erzeugung von Stimmungen ausrichtet, ohne die inhaltliche und machtpolitische Substanz beizulegen. Für die SPD ist es das schlechteste Ergebnis bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen überhaupt. Es kommt aber nicht wirklich überraschend, denn bereits bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 erreichte die SPD nach noch 40% in 2005 nur 28,5% bzw. 31,9%.

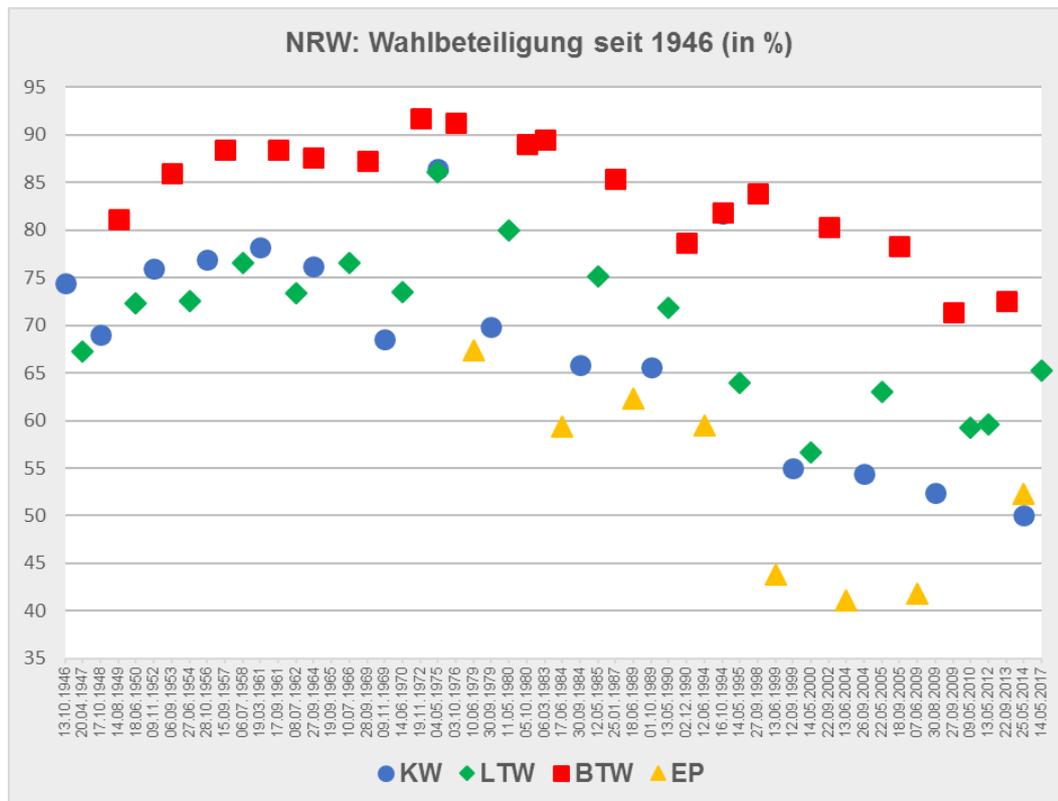
Die Piratenpartei hat ihre letzte Landtagsfraktion verloren und ist in NRW in der politischen Bedeutungslosigkeit versenkt worden. Ihr bestes Wahlkreis-Ergebnis erzielte sie im Ennepe-Ruhr-Kreis mit 1,7%. Zwar liegt ihr Stimmenanteil unter den jüngeren Wählern über dem Landesergebnis, doch bei weitem nicht so deutlich wie bei den Wahlen in anderen Ländern, in denen sie den (Wieder-)Einzug in den Landtag verpassten.

Die Wahlbeteiligung lag um rund 5 Prozentpunkte höher als 2012 und 2010. Dieser Anstieg spiegelt wie schon bei vorherigen Landtagswahlen ein – vorübergehend? - gewachsenes politisches Interesse in der Bevölkerung, was sich vor allem bundespolitischen Themen und unruhigen Zeiten verdankt. Eine Partei zu unterstützen, deren Kanzlerin das Land ruhig durch eine schwierige Weltlage steuert, war für jeden und jede Fünfte wichtigstes Kriterium für die Wahlentscheidung. Auf die erstmalig angewandte Fragestellung von Infratest dimap, was »am wichtigsten für die Wahlentscheidung ist« antworteten: »wie es an unseren Schu-

len aussieht« 29%, »die politisch unruhige Lage in der Welt«: 22%, »wie die Polizei für unsere Sicherheit sorgt«: 15%, »wer als Ministerpräsident/-in NRW führt«: 13% und »wer als Kanzler/-in unser Land führt«: 11%.

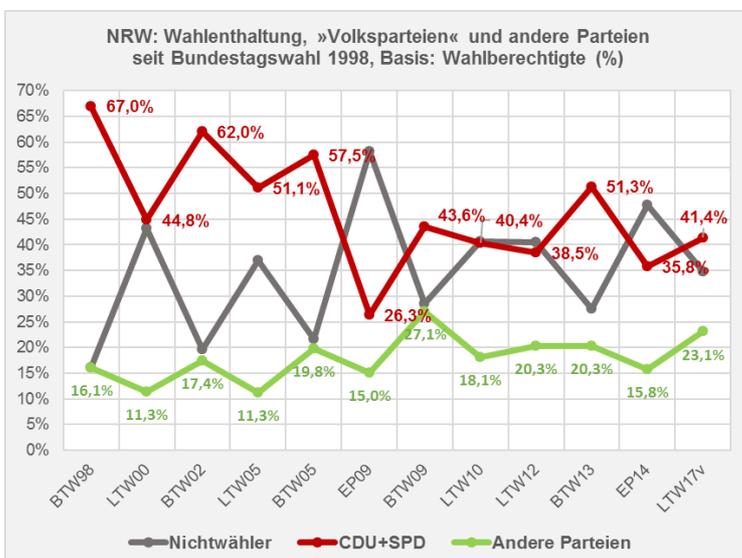
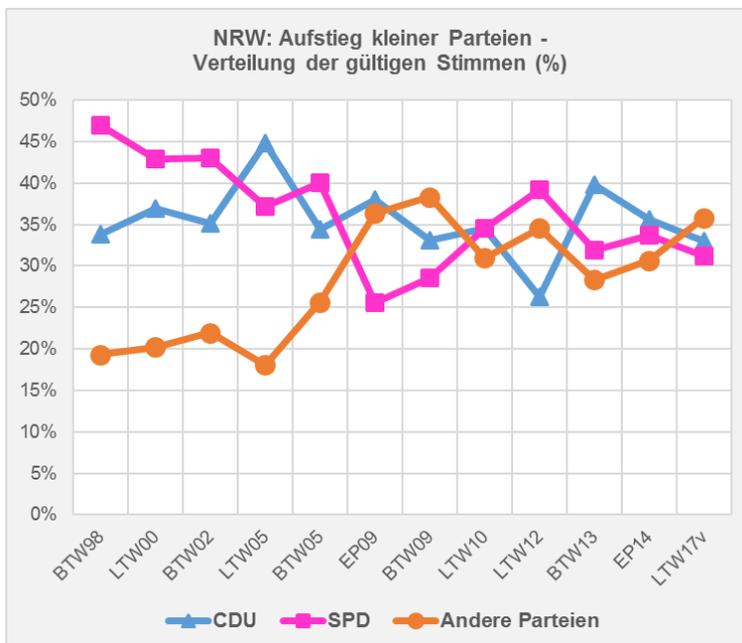
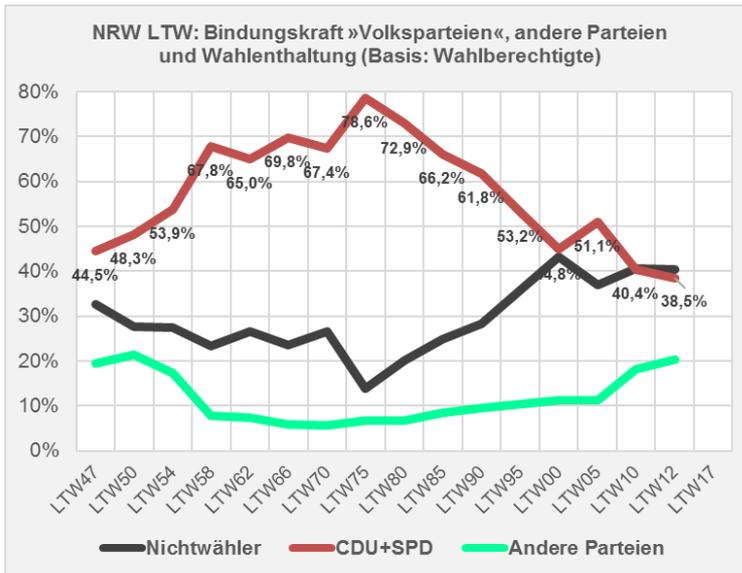
WAHLBETEILIGUNG UND RÜCKHALT DER PARTEIEN IN DEN ZURÜCKLIEGENDEN WAHLEN

Das landespolitische Interesse der Bürgerinnen und Bürger, soweit es sich in der Beteiligung an Landtagswahlen niederschlägt, nahm in den 1990er Jahren rapide ab, die Wahlbeteiligung sank von knapp 72% in 1990 auf rund 57% bei der Wahl 2000. Gleichzeitig stieg die Beteiligung an Bundestagswahlen in NRW von 79% in 1990 auf 84% in 1998 an und lag



auch bei der Bundestagswahl 2002 mit gut 80% um mehr als 20 Prozentpunkte höher als bei der Landtagswahl. Nicht das politische Interesse allgemein, sondern Interesse, Aufmerksamkeit und Erwartungen für die Landespolitik gingen zurück. Eine ähnliche Bewegung gab es in den 1970er Jahren bezüglich des abnehmenden Interesses an Kommunalwahlen, während zunächst die Beteiligung an Landtagswahlen teilweise noch anstieg.

Im Rückblick war die Landtagswahl 1975 mit einer Wahlbeteiligung von über 86% diejenige mit dem größten politischen Interesse. In dieser Wahl stimmten, auf dem Zenit der Lagerwahlkämpfe in der Bundesrepublik fast 79% der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen für CDU oder SPD. Bei den anschließenden Landtagswahlen nahm die Bindungskraft der beiden traditionellen Volksparteien in NRW rapide ab, seit dem Beginn des Jahrhunderts binden SPD und CDU in etwa so viele Wahlberechtigte wie es auch Nichtwähler gibt. Die abnehmende Reichweite und damit zurückgehende positive Legitimationsbasis der beiden großen Parteien steht nicht allein im Zusammenhang mit einer sinkenden Wahlbeteiligung, sondern auch mit der wachsenden Bedeutung kleiner Parteien, die bei der Landtagswahl 2012 bereits gut ein Fünftel der Wahlberechtigten binden konnten (»Diversifizierung der Parteienlandschaft«)



Bei der Verteilung der gültigen Stimmen fiel mit der CDU 2012 erstmals eine der beiden großen Parteien hinter die Summe der gültigen Stimmen für die kleineren Parteien zurück. Hierbei handelt es sich nicht um eine bloße »Ausdifferenzierung« des Parteiensystems. Ein Blick auf die Sozialstruktur um Wahlverhalten lässt erkennen, dass es zunächst vor allem jüngere Wähler sind, die andere, kleinere, thematisch orientierte Parteien bevorzugen und dass sich dieses Wahlverhalten im modernen Bildungsbürgertum milieuartig verdichtet, was aktuell zu einer harten Auseinandersetzung zwischen Grünen und FDP führte. Die Grünen haben sich in NRW zu einer solchen Milieupartei entwickelt. Sie kamen, anders als die FDP, nie als vorübergehender Anlaufpunkt für die wachsende Zahl von Arbeitern und Angestellten in Fachlehrberufen in Frage, die sich aus Enttäuschung über SPD und CDU auf die Suche nach anderen Repräsentanten machten und neben den jüngeren Wählern das zweite große Segment der suchenden Wählerinnen und Wähler ausmachen, die zwischen kleinen Parteien wechseln (siehe hierzu die Grafiken im hinteren Teil dieses Wahlberichts).

AUSKÜNFTEN DER VORWAHLBEFRAGUNGEN

Entwicklung der politischen Stimmung im Land – Projektion „Sonntagsfrage“

Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik Deutschland gelten vielfach als »kleine Bundestagswahlen«. Manchmal nimmt das Ergebnis bundespolitische Entwicklungen vorweg, genauer vielleicht: verhilft ihnen zum Durchbruch.

So hatte die erste sozialliberale Koalition in der alten Bundesrepublik ihren Türöffner und Probelauf in Nordrhein-Westfalen. Keineswegs war das Land schon immer die »Herzkammer der Sozialdemokratie« (Katharina Barley). Das katholische Rheinland war seit dem späten 19. Jahrhundert das Kernland der katholischen Zentrumspartei. Neben der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war hier ebenfalls die katholische Arbeiterbewegung tief im Alltag verankert. Erstmals bei der Landtagswahl 1966 lag die SPD vor der Union. Es folgten mehrere Landtagswahlen, in denen die Position als stärkste Partei zwischen Union und SPD hart umkämpft war. Erst unter Ministerpräsident Johannes Rau entstanden wieder klare Mehrheiten gegen die Union, bei den Landtagswahlen 1985 und 1990 erreichte die SPD sogar 50% und mehr der gültigen Stimmen.

Wie vielleicht kein anderes Bundesland spiegelt sich in den Wahlergebnissen des Landes die politische Reaktion der Bürgerinnen und Bürger auf den langjährigen Strukturwandel, auf den Abbau der klassischen Schwerindustrie im Ruhrgebiet. Mühsam nur konnten sich die Grünen als parlamentarisch präsente Landespartei etablieren. In den großen Industriestädten des Ruhrgebietes, den traditionellen Hochburgen der SPD, sank die Wahlbeteiligung und kommunalpolitische Ämter gingen der SPD verloren.

Das Ergebnis der Landtagswahl 2005 brachte einen Erdrutsch-Sieg der CDU (über 44%). Früher feste Parteibindungen lockerten sich, wachsende Teile der Wahlberechtigten wechselten zwischen CDU und SPD und/oder zwischen kleineren Parteien. Auf das Ergebnis 2005 reagierte die damalige SPD-Spitze Schröder-Müntefering mit der Herbeiführung vorgezogener Neuwahlen. Zunächst noch auf einem Nebenschauplatz lernte die PDS, dass die WASG als Abspaltung von der SPD aus dem Stand im Westen erfolgreicher sein würde, wodurch der zweijährige Gründungsprozess der Partei DIE LINKE eingeleitet wurde.

Aus solchen Gründen gilt der Entwicklung der politischen Stimmungslage im Land die besondere Aufmerksamkeit der professionellen Meinungs- und Stimmungsabfrager. Wie in keinem anderen Bundesland wird die Landespolitik von Umfragen begleitet.

Die Umfragen zeichnen ein buntes Bild (siehe Tabelle folgende Seite). Im Herbst 2013 und mehrfach danach lag die CDU mit der SPD in der Stimmung gleichauf, dies war auch zum Jahreswechsel 2016/17 der Fall. Erst nach der Nominierung von Martin Schulz zum SPD-Kanzlerkandidaten schnellten die SPD-Werte nach oben, der Abstand zur CDU wuchs auf z.T. über zehn Prozentpunkte (»Schulz-Hoch«). Nach Ostern lagen zumindest bei der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap beide Parteien gleichauf bei jeweils rund 32%. Mit dem Stimmungsaufschwung für die SPD sanken die Werte für den Koalitionspartner, gleichzeitig wurde DIE LINKE in den Umfragen konstant mit rund 6% bewertet, also wieder im Landtag gesehen. Ein Umfragehoch erlebte in den letzten Wochen vor der Wahl die FDP. Parallel sanken die Bewertungen für die AfD.

Insgesamt zeigen die Umfragen - sofern der hohe Anteil noch Unentschlossener (35% laut FGW wenige Tage vor der Wahl), unentschlossen sowohl hinsichtlich einer Wahlbeteiligung als auch der Wahlentscheidung, als neutral unterstellt wird – zwei Tendenzen: eine in der Summe abnehmende Zustimmung für die beiden großen Parteien und eine anhaltende Wahrscheinlichkeit, dass sechs Parteien im neuen Landtag vertreten sein werden. Hierin könnte die diesjährige Signalwirkung für die Bundestagswahl bestehen.

NRW LTW17: Stimmungslage in den Umfragen - »Sonntagsfrage«									
Institut	Datum	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	PIR.	AfD	Sonst.
LTW12	13.05.2012	26,3%	39,1%	11,3%	8,6%	2,5%	7,8%		4,3%
YouGov	13.06.2012	29%	38%	12%	7%	3%	7%		
YouGov	27.09.2012	30%	39%	13%	5%	4%	5%		4%
Infratest	16.12.2012	32%	40%	12%	5%	4%	4%		3%
YouGov	25.04.2013	31%	42%	12%	6%	3%	2%		4%
Infratest	26.05.2013	35%	39%	14%	4%	3%	2%		3%
Infratest	07.09.2013	36%	40%	9%	4%	4%	3%	2%	2%
YouGov	19.09.2013	35%	38%	11%	4%	4%	2%		
Infratest	08.12.2013	38%	37%	8%	4%	5%	3%	3%	2%
YouGov	11.12.2013	34%	38%	10%	4%	5%			
Infratest	11.05.2014	36%	37%	10%	5%	5%	2%	3%	2%
YouGov	20.05.2014	34%	39%	10%	5%	5%	2%		
Forsa	02.09.2014	32%	39%	10%	5%	4%	3%	4%	
Forsa	14.11.2014	33%	36%	10%	4%	5%	2%	6%	
Infratest	07.12.2014	36%	35%	10%	5%	5%	1%	5%	3%
YouGov	18.12.2014	35%	34%	12%	4%	4%	2%	7%	2%
INSA	27.05.2015	38%	34%	12%	6%	6%	1%	2%	1%
Forsa	02.06.2015	32%	36%	11%	9%	4%		3%	5%
Infratest	21.06.2015	35%	36%	10%	6%	5%	1%	4%	3%
Infratest	06.09.2015	36%	34%	11%	5%	6%		3%	5%
YouGov	26.11.2015	30%	34%	11%	5%	5%	1%	9%	5%
Forsa	02.12.2015	29%	39%	10%	7%	5%	2%	4%	4%
Infratest	13.12.2015	35%	34%	10%	6%	5%		5%	5%
Infratest	21.02.2016	33%	31%	9%	7%	7%		10%	3%
INSA	29.04.2016	32%	29%	13%	7,5%	5,5%		9%	4%
Infratest	22.05.2016	31%	31%	10%	8%	6%		12%	2%
Mentefactur m	11.09.2016	27%	31%	11%	8%	5%		13%	3%
YouGov	15.09.2016	28%	34%	10%	9%	5%		11%	
Infratest	30.10.2016	32%	32%	12%	7%	5%		9%	3%
Emnid	21.01.2017	30%	32%	10%	8%	7%		10%	3%
YouGov	27.01.2017	31%	31%	11%	7%	5%	1%	12%	2%
FGW	10.02.2017	32%	36%	7%	8%	5%		9%	3%
Infratest	19.02.2017	30%	37%	7%	7%	6%		10%	3%
INSA	05.03.2017	27%	38%	7%	10%	4%		11%	3%
Forsa	15.03.2017	26%	40%	6%	11%	5%		7%	5%
Forsa	15.03.2017	29%	35%	8%	9%	6%		8%	5%
Infratest	19.03.2017	30%	37%	6%	9%	5%		9%	4%
INSA	11.04.2017	28%	37%	6%	10%	5%		10%	4%
Infratest	23.04.2017	34%	34%	6%	10%	5%		8%	3%
YouGov	25.04.2017	27%	36%	6%	7%	8%		11%	3%
Forsa	28.04.2017	29%	35%	6%	12%	6%		7%	5%
Infratest	04.05.2017	31%	32%	7%	13%	5%		8%	4%
FGW	05.05.2017	32%	32%	7,5%	12%	6%		6%	5%
INSA	09.05.2017	30%	33%	7%	13%	5%		7%	5%
YouGov	11.05.2017	31%	30%	7%	9%	8%	2%	9%	4%
FGW	11.05.2017	32%	31%	6,5%	13,5%	6%		6,5%	4,5%

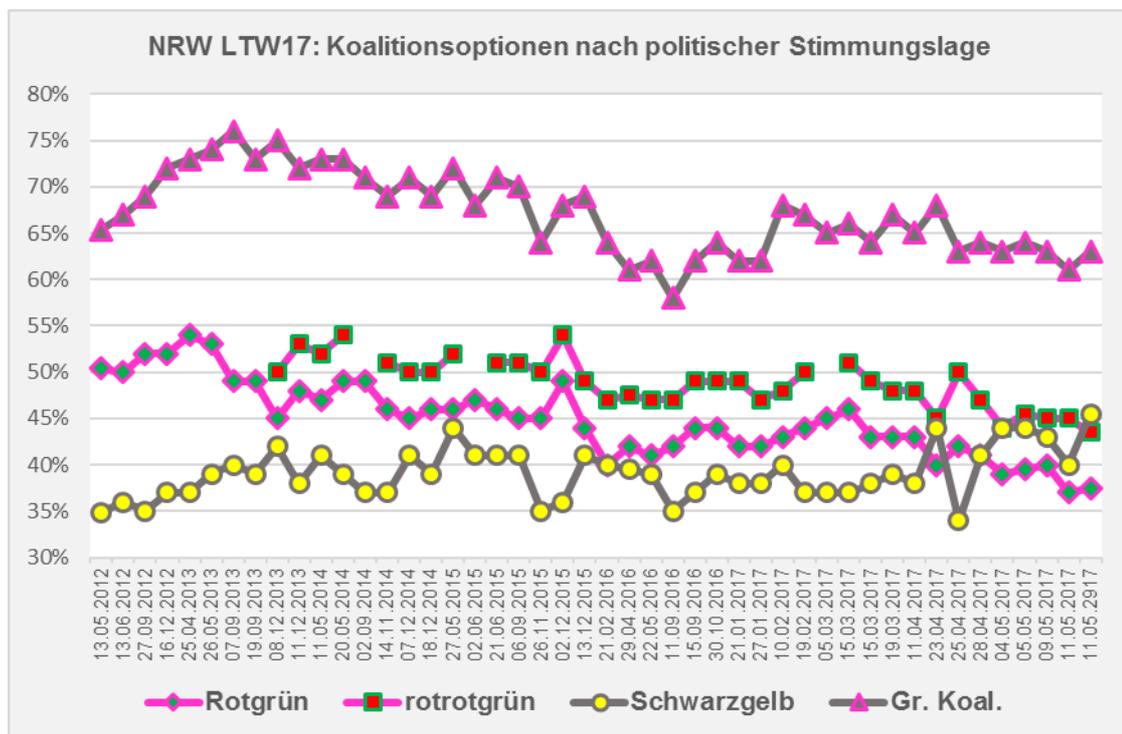
Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm#fn0-tab3>

Wahlstrategische Optionen

SPD und Grüne gingen in den Wahlkampf mit dem Ziel, die rotgrüne Koalition fortzusetzen. Bis Ende 2015 war diese Option durch die Umfragen gedeckt, danach wäre die Fortsetzung nur möglich gewesen, wenn AfD und DIE LINKE nicht im Parlament vertreten wären (die Piratenpartei war zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr »messbar«). Seit über einem Jahr erreichen SPD und Grüne in den Umfragen nur noch 40-44%, zuletzt mit abnehmender Tendenz.

Sofern DIE LINKE den Sprung in den Landtag schaffen würde, hätte eine Rot-rot-grüne Option eine Chance auf eine parlamentarische Mehrheit, jedoch nicht mehr in den letzten Wochen nach Ostern.

Gleichfalls ohne Aussicht auf eine parlamentarische Mehrheit nach Umfragelage waren andere Zweierkoalitionen, also CDU-FDP, CDU-Grüne oder SPD-FDP.



Für SPD und CDU ging es angesichts dieser Stimmungslage vor allem darum, stärkste Partei zu werden und damit auch im Falle in einer möglichen Großen Koalition die Richtlinienkompetenz beanspruchen zu können.

Der Union fiel diese Zuspitzung quasi in den Schoß. Nach den Wahlerfolgen im Saarland, aber auch in Schleswig-Holstein, wo erstmals wieder ein SPD-Ministerpräsident abgelöst werden kann, wäre ein Erfolg in NRW eine enorme innerparteiliche Rückenstärkung für Angela Merkel und ihren Verbündeten Armin Laschet. Die NRW-Wahl könnte die Basis für eine erneute Kanzlerschaft Merkels festigen.

Für die SPD ging es nicht nur um die Ministerpräsidentin, sondern auch um die Frage, ob die Mobilisierung für die Bundestagswahl schon wieder in sich zusammenfällt, weil ihr Kanzlerkandidat keine Aussichten auf Erfolg mehr mitbringt. Bereits bei der Saarland-Wahl zeigte sich die Nervosität der SPD. Auf die (erfolgreiche) Gegenmobilisierung gegen die Aussicht auf eine rot-rote Landesregierung reagierte die SPD mit Rückzug. Zunächst wurde auch eine wieder belebte Lindner-FDP als möglicher Partner entdeckt, dann von Ralf Stegner das Scheitern der Linkspartei in Schleswig-Holstein als erfolgreiches Wahlziel der SPD bewertet und schließlich von Hannelore Kraft eine Koalition mit einer parlamentarischen Linkspartei

ausgeschlossen. Überzeugtes, kämpferisches Agieren für die Durchsetzung sozialdemokratischer Politik sieht anders aus. Die SPD scheint nicht bereit, langfristig ein politisches Lager demokratischer sozialstaatlicher Politik zu bilden und anzuführen, ihr politisch-strategischer Handlungshorizont reicht lediglich bis zum 24. September 2017.

Die kleinen Parteien reagierten auf diese von den beiden führenden Parteien geschaffene strategische Ausgangslage identitätspolitisch in dem Glauben, dass Erkennbarkeit etwas mit dem Ausschluss bestimmter Bündnisse zu tun hat. Die FDP schloss ein Bündnis aus, in dem auch die Grünen vertreten seien, also eine Ampel-Koalition und eine Jamaika-Koalition, ein Bündnis mit der SPD bezeichnet Lindner als »sehr unwahrscheinlich« (also nicht völlig ausgeschlossen). Die Grünen wiederum sahen sich angesichts des bedrohlichen Abwärtstrends in den Umfragen zu einem klaren Bekenntnis genötigt, für eine Koalition unter Führung der CDU nicht zur Verfügung zu stehen. Die SPD wiederum schloss eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei aus, um damit Stimmen für DIE LINKE koalitionspolitisch zu verlorenen Stimmen zu machen. Die Linkspartei wiederum kontierte, sie könne sich eine Tolerierung einer rotgrünen Minderheits-Regierung wie von 2010 bis 2012 praktiziert vorstellen.

Die »Ausschließeritis« kehrte zurück als zentrales wahlstrategisches Element. Sie zeugt von mangelnder politischer Souveränität. Die letzten Meter des Wahlkampfes in NRW waren geprägt von wahlstrategischer Identitätspolitik der Parteien. Zurecht schreibt Heribert Prantl:

»Die Ausschließeritis gehört zu den Torheiten der Politik. Die Wahlkampf-Erklärungen, dass man eine bestimmte Koalition nach der Wahl ausschließe oder nicht ausschließe – sie gleichen dem Trommeln auf leeren Töpfen. Das ist laut, das macht Krach, das erregt Aufsehen. Aber am Wahltag wird der Topf gefüllt; und dann müssen die Parteien gemeinsam daraus löffeln. (...) Ausschluss, Nichtausschluss, Halbausschluss – all solche Erklärungen sind nicht nur unklug, sondern undemokratisch. Es gehört zur Geschäftsgrundlage demokratischer Politik, dass notfalls jede einigermaßen bewährte Partei mit jeder anderen einigermaßen bewährten Partei koalieren kann. Koalitionen sind keine Hochzeiten im Politikparadies, sondern schlicht Zweckbündnisse auf Zeit. Ausschlussbekenntnisse erschweren das demokratische Geschäft.« (Süddeutsche Zeitung, 12. Mai 2017, S. 4)

Legt man das Puzzle aus den einzelnen Aussagen zusammen und gleicht es mit den Umfragen ab, so lautet das Signal an die Bürgerinnen und Bürger: Wenn ihr am Ende eine Regierung bekommt, dann wird es eine Große Koalition sein. Was wahlstrategisch in den Augen der jeweiligen Partei zielführend, weil stimmenmaximierend, sein kann, kann eine demokratiepolitische Regression festigen, wo Unterscheidbarkeit nicht mehr durch politische Inhalte und Kompromisslinien kommuniziert wird, sondern durch rigide Abgrenzung. Parlamente werden aber gewählt, damit gewählte Parteien anschließend eine Regierung bilden bzw. sich in die Rolle von Regierung und Opposition teilen. Wenn sich nicht mehr zwei Lager gegenüberstehen, die um die Mehrheit ringen, sondern mehrere Koalitionsoptionen offen sind, führt die Ausschließeritis dazu, dass es am Ende entweder eine Partei gibt, die sich »unglaublich« macht (Ypsilanti-Effekt), oder aber eine Große Koalition als Notlösung gebildet wird. Robert Habeck kommentierte die Ausschluss-Beschlüsse der Parteifreunde: *»Bei uns haben wir nichts ausgeschlossen. Wir können jetzt Politik machen.«*

In Sachen Regierungsbildung in einem Sechs-Parteien-Parlament ohne Mehrheiten für klassische Zweierkoalitionen jenseits einer »großen« Koalition könnte der Landtagswahlkampf in NRW tatsächlich negativ stilbildend sein. Das vermeintliche Bedürfnis nach einer stabilen Regierungsmehrheit, welches der deutschen Wahlbevölkerung und politischen Öffentlichkeit allenthalben unterstellt wird, führt regelmäßig in die demokratiepolitische Sackgasse einer »GroKo« - mit der Perspektive auf österreichische Verhältnisse. Die wachsende Zahl unterschiedlicher Koalitionfarben in den Landesregierungen zeigt, dass sich Parteien einerseits der Aufgabe, Regierungen zu bilden, nicht wie in der Endphase der Weimarer Republik entziehen, andererseits wird auch der Preis deutlich in Gestalt populistischer Attacken auf die vorgebliche Beliebigkeit und Machtversessenheit. Ein Ausweg könnte tatsächlich in der Bil-

derung von Regierungen liegen, die auf wechselnde Mehrheiten angewiesen sind und auch fähig, sich diese in sachpolitisch unterschiedenen Richtungen zu besorgen. In NRW wurde dies 2010 bis 2012 als Übergangslösung praktiziert und beendet, als die Minderheitsregierung gute Wahlaussichten auf eine Koalitionsmehrheit hatte.

AUSKÜNFTTE DER WAHLTAGSBEFRAGUNGEN

Zufriedenheit mit der Landesregierung und den Regierungsparteien

Betrachtete man, basierend auf den Vorwahlumfragen von Infratest dimap die Zufriedenheitswerte mit der rot-grünen Landesregierung NRW im Längsschnitt, lag diese mit einer Zufriedenheit von 49% und 48%, die weniger oder gar nicht zufrieden waren, ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2000 liegt. Damals waren 45% mit der Landesregierung weniger oder gar nicht zufrieden, 50% waren zufrieden oder sehr zufrieden.

Zufriedenheit Landesregierung nach Parteianhänger/-innen		
Anhänger/-innen von:	Sehr zufrieden/zufrieden	weniger zufrieden/gar nicht zufrieden
SPD	81	17
CDU	37	61
GRÜNE	49	51
FDP	22	76
LINKE	19	80
AfD	19	81
Unentschlossene	53	44
Bekennende Nichtwähler	8	72

Zufriedenheit Landesregierung			
	Mai 17	Feb 17	Okt 16
Sehr zufrieden	2	2	2
zufrieden	47	49	44
weniger zufrieden	35	33	38
gar nicht zufrieden	13	14	12

Zufriedenheit mit den Regierungsparteien		
	Sehr zufrieden/zufrieden	weniger zufrieden/gar nicht zufrieden
SPD	46	49
GRÜNE	26	64

Bei der Landtagswahl 2005, als die rot-grüne Regierung durch ein Bündnis aus CDU und FDP abgelöst wurde – ein damals fast für unmöglich gehaltener Vorgang im SPD-Stammland NRW – lag der Zufriedenheitswert bei 41%, während 57% mit der Regierung weniger bzw. gar nicht zufrieden waren. Fünf Jahre später hingegen konnte das schwarz-gelbe Bündnis gerade einmal Zufriedenheitswerte von 36% vorweisen, während 62% der von Infratest dimap Befragten weniger oder gar nicht zufrieden waren. Bei der Wahl 2012 wies die rot-grüne Minderheitsregierung hingegen mehrheitlich Zufriedenheitswerte auf.

Gleichzeitig zeigte sich bereits auf den für Mai erhobenen Werten von Infratest dimap, dass nur zwei Gruppen mit der Landesregierung mehrheitlich zufrieden waren: die Anhänger/-innen der SPD (81%) und die in ihrem Wahlverhalten noch Unentschlossenen (53%).

Selbst die Anhänger/-innen des kleineren Koalitionspartners, der Grünen, waren mit 51% zu 49% eher weniger oder gar nicht zufrieden mit der Landesregierung.

Von den Anhänger/-innen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Oppositionsparteien waren diejenigen der CDU mit 37%, die sehr zufrieden oder zufrieden waren und 61%, die weniger oder gar nicht zufrieden waren, noch am ehesten wohlwollend gegenüber der Regierung Kraft. Die Anhänger/-innen von FDP, LINKEN und AfD waren mit rund 20% Zufriedenheit bei 76%-81% Unzufriedenheit vergleichsweise deutlich weniger wohlwollend.

Die latente Unzufriedenheit der Anhänger/-innen der Grünen mit der Landesregierung findet ihr Pendant in der deutlich stärker ausgeprägten Unzufriedenheit über die Arbeit der Grünen in der Landesregierung im Vergleich zur Arbeit der SPD.

Laut Infratest dimap zeigten sich mit der Arbeit der SPD in der Landesregierung 46% sehr zufrieden oder zufrieden, während 49% weniger oder gar nicht zufrieden waren. Bei den Grünen hingegen waren gerade einmal knapp ein Viertel der Befragten (26%) sehr zufrieden oder zufrieden, während rund zwei Drittel (64%) weniger bis gar nicht zufrieden waren.

Am Wahltag veröffentlichte Zahlen von Infratest dimap wiesen hingegen eine Zufriedenheitsquote von 45% aus, während 53% mit der Landesregierung unzufrieden waren. Damit hatte die Zufriedenheit gegenüber 2012 um 8 Prozentpunkte abgenommen und die Unzufriedenheit um 7 Prozentpunkte zugenommen.

Die Landesregierung NRW erreichte damit, verglichen mit den vorhergehenden Wahlen in Schleswig-Holstein (Zufrieden: 56%), dem Saarland (69%), Rheinland-Pfalz (61%) und Baden-Württemberg (70%) den niedrigsten Zufriedenheitswert einer Landesregierung.

Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Politikfeldern

Die Bilanz der Zufriedenheit mit der Landesregierung fällt auch nach Politikfeldern gemischt aus. Bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zeigten sich 58% der von Infratest dimap im April 2017 befragten Wahlberechtigten sehr zufrieden oder zufrieden, während 36% weniger oder gar nicht zufrieden waren. Auch bei den Politikzielen, die Wirtschaft in NRW voranzubringen (52% zu 45%) und Arbeitsplätze zu erhalten oder neue Arbeitsplätze zu schaffen (50% zu 44%), liegen die Zufriedenheitswerte über denen der Unzufriedenheit.

Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Politikfeldern		
	Sehr zufrieden/zufrieden	weniger zufrieden/gar nicht zufrieden
Bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen	58	36
Die Wirtschaft in NRW voranzubringen	52	45
Bei der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen	50	44
Bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terror	38	60
In der Schul- und Bildungspolitik	29	65
Bei der Bekämpfung von Armut	28	66
Bei der Sanierung von Straßen, Brücken und Schienen	27	70

Bei den Politikfeldern Bekämpfung von Kriminalität und Terror (38% zu 60%), Schul- und Bildungspolitik (29% zu 65%), Armutsbekämpfung (28% zu 66%) und der Sanierung der Verkehrsinfrastrukturen (27% zu 70%) liegen die Zufriedenheitswerte mit erheblichem Abstand unter denen der Unzufriedenheit.

Direktwahl Ministerpräsident/-in

Direktwahl Ministerpräsident/-in						
	Mai 17	Apr 17	Mrz 17	Feb 17	Okt 16	Mai 16
Hannelore Kraft	49	53	57	58	56	58
Armin Laschet	28	31	22	26	20	28
spontan: Keiner von beiden	13	11	12	10	13	9

Anhänger/-innen von:	Mai 17		Apr 17		Mrz 17		Feb 17		Okt 16		Mai 16	
	Kraft	Laschet										
SPD	92	4	88	7	86	6	87	5	86	6	87	9
CDU	22	69	24	65	36	52	33	56	39	40	32	58
GRÜNE	71	19	91	4	85	10	78	11	72	6	80	10
FDP	24	57	32	52	24	43	33	53	25	47	35	47
LINKE	49	8	57	14	67	8	74	8	46	26	63	27
AfD	14	35	5	47	19	41	15	46	13	32	25	41
Unentschlossene	47	18	52	23	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Bekennende Nichtwähler	12	16	37	8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Der in den letzten Wochen des Wahlkampfs in NRW zunehmend kleiner werdende Abstand zwischen SPD und CDU beruht, so zumindest die Daten von Infratest dimap, nicht auf gestiegenen Zustimmungswerten des CDU-Herausforderers Armin Laschet. Vielmehr sank die Zustimmung zur SPD-Amtsinhaberin Hannelore Kraft.

Hätten im Dezember 2015 bei einer Direktwahl noch 61% aller Wahlberechtigten für Hannelore Kraft gestimmt, während 21% für Armin Laschet votiert hätten, lag der Zustimmungswert für Hannelore Kraft im Mai 2016 bei 58%, im Oktober 2016 bei 56% und im Mai 2017 bei nur noch 49%, während Armin Laschet im April einen Höchstwert mit 31% verzeichnen konnte, der im Mai 2017 wieder auf 28% abgeschmolzen war.

Armin Laschet konnte nicht einmal in der Anhänger/-innenschaft der CDU dauerhaft mehr als zwei Drittel von sich überzeugen. Allein im Mai und April 2017 hätten 69% bzw. 65% der CDU-Anhänger/-innen bei einer Direktwahl für ihn votiert, während im Mai 2017 immerhin noch jeder fünfte CDU-Anhänger und im April 2017 knapp ein Viertel für Hannelore Kraft gestimmt hätten.

Die Zustimmung der Anhänger/-innen der Grünen für Hannelore Kraft im Falle einer Direktwahl sank – je näher die Wahl rückte – auf einen der niedrigsten Werte überhaupt (71%), lag damit jedoch immer noch sehr hoch.

Die Zustimmungswerte für die amtierende Ministerpräsidentin seitens der Anhänger/-innen der Linkspartei sind ausgesprochen interessant. Obwohl die Anhänger/-innen der Linkspartei mehrheitlich mit der Arbeit der Landesregierung unzufrieden waren, hätten im Februar 2017 im Falle einer Direktwahl 74% für Hannelore Kraft gestimmt. Diese Zustimmungswerte unterliegen freilich deutlichen Schwankungen, denn während im Mai 2016 immerhin 63% der LINKE-Anhänger/-innen für Hannelore Kraft gestimmt hätten, sank dieser Zustimmungswert zum Oktober 2016 auf 46% ab, nahm anschließend wie dargelegt erneut zu und sank zum Mai 2017 auf 49% Zustimmung ab.

Wer soll die nächste Landesregierung führen?

Gefragt, welche Partei die nächste Landesregierung führen sollte, sprachen sich 43% der von Infratest dimap Befragten im Mai 2017 für eine SPD-geführte Landesregierung aus, während 37% eine CDU-geführte Landesregierung befürworteten. Vergleicht man diese Werte mit denen vor der Wahl 2012 ist festzustellen, dass die Zustimmung für eine SPD-geführte

Landesregierung um 12 Prozentpunkte abgenommen hat, während die Zustimmung zu einer CDU-geführten Landesregierung um 3 Prozentpunkte zunahm.

Wer soll die nächste Landesregierung in NRW führen (nach Parteianhänger/-innen)?		
Anhänger/-innen von:	SPD-geführt	CDU-geführt
SPD	94	1
CDU	96	1
GRÜNE	73	27
FDP	18	75
LINKE	63	9
AfD	20	31
Unentschlossene	34	30
Bekennende Nichtwähler	40	12

Differenziert nach Anhänger/-innen von Parteien sprachen sich in abnehmender Reihenfolge die Anhänger/-innen der SPD (94%), der Grünen (73%) und der LINKEN (63%) für eine SPD-geführte Landesregierung aus. Immerhin mehr als ein Viertel der Grünen-Anhänger/-innen befürworteten eine CDU-geführte Regierung.

Von den im Wahlverhalten noch Unentschlossenen sprachen sich 34% für eine SPD-geführte Landesregierung aus, während 30% die CDU in der Staatskanzlei sehen wollten. Bei den bekennenden Nichtwähler/-innen präferierten mit 40% deutlich mehr eine SPD-geführte Landesregierung als eine der CDU (12%).

Die CDU-Anhänger/-innen sprachen sich quasi spiegelbildlich entgegengesetzt mit 96% für eine CDU-geführte Landesregierung aus, obwohl nur 69% von ihnen Armin Laschet direkt als Ministerpräsident wählen würden. Seitens der FDP-Anhänger/-innen votierten mit 75% drei Viertel für eine CDU-geführte Landesregierung.

Von den AfD-Anhänger/-innen sprachen sich 49% weder für eine SPD- noch für eine CDU-geführte Landesregierung aus. Mit 31% lag die Zustimmung zu einer CDU-geführten Landesregierung höher als zu einer der SPD (20%).

Parteienkompetenzen

Anders als bei der Wahl 2012 hat die SPD in der Themenprofilierung gegenüber der CDU, basierend auf den Vorwahlbefragungen von Infratest dimap, je näher der Wahltermin rückte, dramatisch verloren.

Bei der Wahl 2012 war die SPD stärker profiliert als die CDU. In der allgemeinen Zukunftsfrage – wer kann die wichtigsten Landesprobleme am ehesten lösen, lag sie mit rund zehn Prozentpunkten Vorsprung auf Platz 1. Fünf Jahre später liegen beide Parteien mit 33% gleichauf.

Die SPD liegt allein bei den Politikfeldern Soziale Gerechtigkeit (42% zu 21%) und Armutsbekämpfung (38% zu 23%) vor der CDU. Bei den Politikfeldern Arbeitsplatzsicherung (35% zu 38%), Gute Schul- und Bildungspolitik (30% zu 35%), Wirtschaftspolitik (27% zu 44%), Verkehrspolitik (25% zu 36%) und Bekämpfung von Kriminalität und Terror (21% zu 43%) erhält die oppositionelle CDU jeweils und zum Teil deutlich höhere Kompetenzwerte als die stärkere Regierungspartei. Zudem ließ sich zwischen Februar 2017 und Mai 2017 ein nicht unerhebliches Absinken der SPD in den Kompetenzwerten im Vergleich zur CDU feststellen.

Auch bei der Umwelt- und Energiepolitik liegt die CDU vor der SPD (16% zu 20%). Hier erhalten jedoch – wie stets – die Grünen mit 43% die höchsten Kompetenzwerte.

Parteienkompetenzen							
	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD	keine Partei/Weiß nicht
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	42	21	4	4	9	2	15
Die Armut in NRW bekämpfen	38	23	3	3	7	2	23
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	35	38	2	5	3	1	15
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	30	35	7	7	3	2	15
Die Wirtschaft in NRW voranbringen	27	44	2	9	1	1	15
Die Verkehrsinfrastruktur sanieren/Verkehrsprobleme lösen	25	36	6	5	2	1	23
Kriminalität und Terror in NRW bekämpfen	21	43	2	3	2	7	20
Eine gute Umwelt- und Energiepolitik betreiben	16	20	43	3	2	2	12
Die wichtigsten Probleme des Landes NRW lösen	33	33	3	4	2	3	19

DIE LINKE erhält bei den Politikfeldern Soziale Gerechtigkeit (9%) und Armutsbekämpfung (7%) ihre höchsten Kompetenzwerte und liegt bei der sozialen Gerechtigkeit, anders als 2012, vor den Grünen.

Den höchsten Kompetenzwert erhält die AfD bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terror (7%), während die höchsten Kompetenzwerte der FDP in der Wirtschaftspolitik (9%), der Schul- und Bildungspolitik (7%) und der Verkehrspolitik (5%) liegen. Bei letzterem liegen die Grünen wiederum mit 6 Prozentpunkten vor der FDP.

Über alle Politikfelder hinweg traut durchschnittlich rund jeder fünfte befragte Wahlberechtigte keiner der Parteien Kompetenzen auf den abgefragten Politikfeldern zu.

Wichtigste Probleme in NRW (Mehrfachnennungen), März 2017	
Migration/Flüchtlinge/Asylpolitik (Anstieg zu Mai 2012: 35%)	42
Bildung/Schule/Ausbildung	28
Infrastruktur und Verkehr	15
Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt	14
Soziale Ungerechtigkeit/Armut/Hartz IV	12
Innere Sicherheit/Kriminalität	10
Familienpolitik/Kinderbetreuung	5
Wirtschaft	5
Abgehobenheit von Politik und Verwaltung	4
Haushaltsslage/Verschuldung des Landes und der Kommunen	4

Unsicherheitsgefühl und Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus

Terroranschläge, die Vorfälle in Köln in der Silvesternacht 2016 sowie die damit verbundenen Untersuchungsausschüsse, die sich nicht zuletzt auf die Person des SPD-Innenministers Jäger fokussierten, haben, auch im Kontext einer Flüchtlingsdebatte, die Angst vor Islamismus und eine Gefährdung der inneren Sicherheit thematisierte, die öffentliche Berichterstattung in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Monaten stark geprägt.

Die Wirkung dieser Ereignisse, des Handelns der Landesregierung und der öffentlichen Debatte darüber sind nicht ohne Wirkung geblieben, auch wenn ein einheitliches Bild sich nicht abzeichnet.

Gefragt „Fühlen Sie sich im öffentlichen Raum – also zum Beispiel auf Straßen und Plätzen und in Bahnhöfen – alles in allem sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder sehr unsicher?“ fühlten sich im März 2017 mit 63% fast zwei Drittel der von Infratest dimap befragten

NRW-Wahlberechtigten sehr sicher (15%) oder eher sicher (48%), während sich 28% eher unsicher und 8% sehr unsicher fühlten.

Getrennt nach Geschlechtern erhoben unterscheiden sich insbesondere die Werte „sehr sicher“ und „eher unsicher“ von Männern und Frauen. Während nur 10% der befragten Frauen angaben, sich „sehr sicher“ zu fühlen, taten dies doppelt so viele Männer (21%). Nur 22% der befragten Männer hingegen fühlten sich „eher unsicher“, während mit 33% der Anteil der Frauen deutlich höher lag.

Bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terror waren 38% mit der Landesregierung sehr zufrieden oder zufrieden, während 60% der Befragten im April 2017 weniger oder gar nicht zufrieden waren. Im Vergleich zu 2012 stieg die Bedeutung des Politikfeldes um 9 Prozentpunkte auf 10 an. In der Rangliste der wichtigsten Themen lag es freilich im April 2017 auf Platz 6 unter anderem hinter der Sanierung von Infrastrukturen (Straßen, Brücken, Krankenhäuser, Internet), die ebenfalls um 9 Prozentpunkte an Bedeutung gewonnen hatte.

Im Oktober 2016 hingegen nannten, danach gefragt, um welches politische Themenfeld sich die Landesregierung in NRW vorrangig kümmern sollte, 15% der Befragten das Politikfeld „Innere Sicherheit und Terrorbekämpfung“ als zweitbedeutsamste politische Aufgabe. Der Unterschied zur wichtigsten politischen Aufgabe, der Schul- und Bildungspolitik (38%) betrug freilich deutliche 23 Prozentpunkte. Die Innere Sicherheit lag mit 15% gleichauf wie das Themenfeld Arbeit und Wirtschaft (15%) und die Sozialpolitik (14%).

Dementsprechend viel auch der Kompetenzvergleich zwischen SPD und CDU bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terror im April 2017 aus. Nur 21% hielten die SPD für kompetenter als die CDU, die 43% für die kompetenteste Partei hielten. Rund ein Jahr zuvor, im Mai 2016 lag der Kompetenzwert der SPD bei 23% zu 35% für die CDU. Vergleicht man diese Werte mit Mai 2005, als die CDU gemeinsam mit der FDP die rot-grüne Regierung erstmals ablösten, liegt die SPD unterhalb ihres damaligen Kompetenzwertes von 28%, während die CDU deutlich von ihrem Kompetenzwert 51% entfernt ist. Hierbei ist möglicherweise zu berücksichtigen, dass die AfD bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terror mit 7% ihren höchsten Kompetenzwert erreicht und insoweit auch der CDU Konkurrenz macht. Alles in allem liegt die SPD beim Thema Innere Sicherheit spürbar hinter den Kompetenzwerten der CDU, die sich dieses Themenfeld mit der AfD teilt.

Migrations- und Flüchtlingspolitik

Wie bereits dargestellt wurde, zeigten sich bezogen auf die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen 58% der von Infratest dimap im April 2017 befragten NRW-Wahlberechtigten sehr zufrieden oder zufrieden, während 36% weniger oder gar nicht zufrieden waren.

Mit 42% und einem Unterschied von 14 Prozentpunkten im Vergleich zu März 2012 nannten im März 2017 die NRW-Wahlberechtigten die Themen Migration/Flüchtlinge/Asylpolitik als die wichtigsten Probleme in Nordrhein-Westfalen. Im Oktober 2016 hingegen nannten, danach gefragt, um welches politische Themenfeld sich die Landesregierung in NRW vorrangig kümmern sollte, nur 10% der Befragten das Politikfeld „Flüchtlingspolitik“, das damit auf dem vorletzten Platz rangierte.

Schul- und Bildungspolitik

Eine der ersten und wohl auch bedeutsamsten politischen Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung war der unter der grünen Bildungsministerin Silvia Löhrmann verabredete „Schulfrieden“ in NRW, der eine jahrelange hochideologische Kontroverse zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts über die Gestaltung der Bildungspolitik beendete.

Sieben Jahre nach dem Amtsantritt der rot-grünen Regierung in NRW stehen die Zeichen bildungspolitisch wiederum auf Konflikt. Themenfelder der Kontroversen sind sowohl die

Schuldauer (G8 oder G9) – die durch die handstreichartige Entscheidung in Bayern, zum G9 zurückzukehren an Bedeutung gewonnen hat – sowie die Umsetzung des Ziels eines inklusiven Bildungssystems, vorrangig spürbar durch den Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne besonderen Förderbedarf.

Im Oktober 2016 nannten 38% der von Infratest dimap befragten NRW-Wahlberechtigten die Schul- und Bildungspolitik als das politische Themenfeld, um das sich die Landesregierung vorrangig kümmern sollte. Mit 28% lag das Thema im März 2017 auf Platz 2, deutlich hinter der Flüchtlings- und Asylpolitik. Am Wahltag selbst nannten die von Infratest dimap Befragten mit 29% „wie es an unseren Schulen aussieht“ als am wichtigsten für ihre Wahlentscheidung.

Die Zufriedenheit mit der Landesregierung im Politikfeld Bildungspolitik fällt hingegen mit 29% der Wahlberechtigten, die sehr zufrieden oder eher zufrieden sind, bescheiden aus, im Vergleich zu 65%, die eher unzufrieden oder gar nicht zufrieden sind. In der Wahltagsbefragung zeigte sich die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bildungspolitik noch stärker, denn 70% Unzufriedenheit standen 24% Zufriedenheit gegenüber.

Obwohl die Grünen seit sieben Jahren die Bildungsministerin in NRW stellen, fallen die Kompetenzwerte in der Schul- und Bildungspolitik mit 7% nicht höher aus als die der oppositionellen FDP, die im Wahlkampf die Bildungspolitik betonte. Gefragt nach Ansichten über die Grünen äußerten 59% der von Infratest dimap befragten Wähler/-innen die Auffassung, die Partei „habe für viel Unruhe an den Schulen gesorgt“.

Doch auch die SPD lag mit 30% bildungspolitischer Kompetenz-Zustimmung hinter der CDU, die mit 35% auch in diesem Politikfeld als die kompetenteste Partei in NRW bei dieser Wahl gilt.

Die Zustimmung für das Abitur nach 12 Jahren lag im Oktober 2016 laut Infratest dimap bei allen Wahlberechtigten bei 11% und bei den wahlberechtigten Eltern von Schulkindern bei 14%, während 43% aller Wahlberechtigten und 42% der wahlberechtigten Eltern von Schulkindern für das Abitur nach 13 Jahren plädierten und sich 42% (Gesamt) und 44% (Eltern) dafür aussprachen, dass Schüler und Eltern zwischen einem Abitur nach 12 oder 13 Jahren wählen können sollten.

Wahlentscheidende Themen und Motive für die Wahlentscheidung

Befragt nach den für die individuelle Wahlentscheidung wichtigsten Themen, antworteten 29% mit „wie es in unseren Schulen aussieht“, 22% nannten „die politisch unruhige Lage in der Welt“, 15% „wie Polizei für unsere Sicherheit sorgt“, 13% „wer als Ministerpräsident/-in NRW führt“ und 11% das bundespolitische Äquivalent „wer als Kanzler/-in unser Land führt“.

Wahlentscheidende Themen waren, laut Infratest dimap in absteigender Reihenfolge:

- Soziale Gerechtigkeit (46%)
- Wirtschaft und Arbeit (40%)
- Schule und Bildung (31%) sowie die
- Innere Sicherheit (22%).

Gegenüber Infratest dimap nannten 59% der Befragten die Kanzlerin Angela Merkel als den wichtigsten Grund die CDU zu wählen, während 26% angaben, dass der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz der wichtigste Grund gewesen sei, die SPD zu wählen.

Ansichten über die Parteien

Die Ansichten über die Parteien, erhoben von Infratest dimap, zeigen einige durchaus bemerkenswerte Facetten.

Mit 74% gibt ein hoher Anteil der Befragten an, dass die SPD nicht genau sage, was sie für soziale Gerechtigkeit konkret tun wolle. Waren bei der Landtagswahl 2010 55% der Befragten der Auffassung, dass die SPD sich am stärksten um den sozialen Ausgleich bemühe und

2012 63% der Befragten, äußerten bei dieser Wahl nur 50% diese Auffassung. Immerhin 40% derjenigen, die ihre Ansicht zur Linkspartei äußerten, waren der Meinung, dass diese Partei sich am stärksten um den sozialen Ausgleich bemühen würde und 41% gaben an, dass DIE LINKE eine gute Alternative für alle sei, die sich bei der SPD nicht mehr aufgehoben fühlen.

Dass 58% derjenigen, die zu ihrer Ansicht über die CDU befragt wurden angaben, dass es in NRW insgesamt zwischen SPD und CDU gar keine so großen Unterschiede geben würde, sollte die sozialdemokratische Wahlanalyse durchaus zur Kenntnis nehmen, denn 61% waren wiederum der Auffassung, dass die CDU die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vernachlässigen würde.

Wie bedeutsam die Arbeit des NRW-Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden der FDP, Christian Lindner, von den Wähler/-innen wahrgenommen wird, zeigt sich bei der Abfrage über die Ansichten zur FDP. Dass die Partei in NRW keine Chance ohne Lindner hätte, meinen 72% der Befragten. Dass 56% der Befragten es befürworten würden, wenn die Partei an der Landesregierung beteiligt sei, ist sicherlich am bemerkenswertesten im Vergleich zu den in früheren Wahlen geäußerten Negativurteilen über die Freien Demokraten. Gleichzeitig bleibt die Partei in den Augen einiger Wähler/-innen eine Funktionspartei, denn mehr als ein Drittel ist der Meinung, dass diejenigen FDP wählen müssen, die eine Große Koalition verhindern wollen.

Es ist an anderer Stelle bereits dargestellt worden, dass im direkten Vergleich der beiden bisherigen Regierungsparteien die Grünen erheblich schlechter abgeschnitten hatten als die SPD. Die über die Grünen geäußerten Ansichten konturieren diese Bewertung.

Über 80% derjenigen, die zu ihren Ansichten über die Grünen befragt wurden, gaben an, dass sie nicht mehr wüssten, was die Partei im Bund außer Umweltschutz erreichen will. Mehr als zwei Drittel (67%) gaben an, dass die Partei sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze gekümmert hätte. Mehr als die Hälfte (53%) meinten sogar, die Partei habe in NRW wichtige Entscheidungen und Projekte blockiert bzw. sei eine autfeindliche Partei (51%). Weitere 59% stellten den Grünen bildungspolitisch ein negatives Zeugnis aus und gaben an, dass die Partei für viel Unruhe an den Schulen gesorgt habe.

Ansichten zur Gesellschaft

Bereits seit einigen Jahren ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage in Umfragen mehrheitlich positiv gesehen wird. Dies trifft sowohl auf die Länder als auch auf den Bund zu.

Gaben in NRW in den Jahren 2005 81% und 2010 73% der Befragten an, dass die wirtschaftliche Lage schlecht sei, während 18% bzw. 24% die wirtschaftliche Lage als gut bewerteten, sahen 2012 nur noch 52% eine schlechte wirtschaftliche Lage, wohingegen 46% die Lage als gut einschätzten. Bei der Landtagswahl 2017 hat sich dieses Verhältnis erstmals seit über 17 Jahren umgekehrt. Nur ein Drittel (34%) der Befragten sah die wirtschaftliche Lage als schlecht an, während knapp zwei Drittel (64%) die wirtschaftliche Lage als gut bewerteten.

Gleichwohl gehört es zu den Erkenntnissen entsprechender Befragungen, dass die Wahrnehmung einer guten oder schlechten wirtschaftlichen Lage stark mit dem sozialen Status korreliert. Oder anders ausgedrückt: Je geringer der soziale Status, um so pessimistischer wird die wirtschaftliche Lage insgesamt und die eigene ökonomische Situation bewertet.

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage sind dementsprechend sinnvoll ins Verhältnis zur Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit zu setzen. Hier stellt sich heraus, dass 59% der Befragten der Auffassung sind, dass es in Deutschland gerecht zugeht, während 37% dies verneinten. Darunter gaben mit 70% die Anhänger/-innen der Linkspartei und 66% diejenigen der AfD am vehementesten an, dass es nicht gerecht in Deutschland zugeht.

Während in anderen Bundesländern dem Flüchtlingsthema wahlentscheidende Bedeutung zukam, ist dies für Nordrhein-Westfalen nicht festzustellen. Eine Mehrheit von 60% der Befragten war nicht der Auffassung, dass es wegen der Flüchtlinge unsicherer in NRW zugehen würde, während 39% dies bejahten, darunter alle befragten Anhänger/-innen der AfD, während ansonsten bei den Anhängern/-innen aller anderen Parteien die Auffassung überwog, dass es keinen Anlass zur Sorge gäbe.

Vielmehr empfanden 65% der Befragten Flüchtlinge als Bereicherung. Dies ist von allen Wahlen seit der Sachsen-Anhalt-Wahl im vergangenen Jahr der höchste Wert. Gleichzeitig sprachen sich 85% der Befragten dafür aus, dass abgelehnte Asylbewerber/-innen schneller abgeschoben werden sollten und 68%, dass die Zahl der Flüchtlinge auf Dauer begrenzt sein sollte. Dass der Einfluss des Islam immer stärker wird, sehen 48% mit Sorge.

Bereits in anderen Wahlrechtberichten sind wir darauf eingegangen, dass eine als bedrohlich eingeschätzte Lage internationaler Dimension Rückwirkungen bis auf die Landesebene haben kann. Dass die politische Lage in der Welt eine Bedrohung für Deutschland sei, verneinte im Sommer 2014 eine knappe Mehrheit der von Infratest dimap Befragten (51%), während 49% dies bejahten. Bis zum November 2014 stieg die Einschätzung, dass die politische Lage für Deutschland bedrohlich bzw. sehr bedrohlich sei auf 62% an, um bis Januar 2015 auf 44% zu 55% (wenig bedrohlich/gar nicht bedrohlich) abzusinken. Seitdem liegt die Einschätzung einer bedrohlichen bzw. sehr bedrohlichen politischen Lage für Deutschland stets oberhalb der 50% und lag bundesweit, ausweislich des ARD-DeutschlandTRENDS vom Mai dieses Jahres bei einem neuen Höchstwert von 64%, während nur noch 35% der Auffassung waren, die politische Lage in der Welt sei wenig bedrohlich oder gar nicht bedrohlich für Deutschland.

In Nordrhein-Westfalen lagen die Werte unterhalb denen im Bundesgebiet, doch auch zwischen Rhein und Ruhr waren 55% eher besorgt, während 43% weniger besorgt waren. Dabei empfanden, nach Parteianhänger/-innen differenziert, alle Parteien mit Ausnahme der Grünen die Lage als eher bedrohlich, während die Grünen-Anhänger/-innen die Lage als eher nicht bedrohlich (61% zu 39%) einschätzten.

Angesichts dieser Werte dürfte die Aussage im bundesweiten Profilvergleich zwischen Angela Merkel und ihrem Herausforderer Martin Schulz, dass die Kanzlerin Deutschland bislang gut durch die Krise geführt habe, insoweit von erheblicher Relevanz sein. Denn wenn ausweislich der Infratest dimap-Nachwahlbefragung 59% der Befragten angaben, wegen Angela Merkel die CDU in NRW gewählt zu haben, dann dürfte diese Krisen-Navigationskompetenz, die der Kanzlerin zugesprochen wird – angesichts des laschen Profils des CDU-Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl – ein entscheidendes Kriterium der CDU-Wahl gewesen sein. Dies ist im Hinblick auf die Bedeutung der NRW-Wahlen als „kleine Bundestagswahl“ und Stimmungsbarometer für den Bund gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Aussagen zu den Parteien	
SPD	
Sagt nicht genau, was sie für soziale Gerechtigkeit tun will	74
Hat viel versprochen und wenig gehalten	60
Ralf Jäger hat als Innenminister versagt	51
Hannelore Kraft versteht, was die Menschen in NRW bewegt	60
Hannelore Kraft kümmert sich wirklich um die Probleme der Menschen	53
CDU	
Angela Merkel sorgt dafür, dass es uns in einer unruhigen Welt gut geht	70
Insgesamt gibt es in NRW zwischen SPD und CDU gar keine so großen Unterschiede	58
Vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer	61
Redet Nordrhein-Westfalen schlecht	44
DIE LINKE	
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen	72
Ist eine gute Alternative für alle, die sich bei der SPD nicht mehr aufgehoben fühlen	41
Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	40
AfD	
Hat besser als andere verstanden, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen	40
Finde es gut, dass sie den Einfluss des Islam in Deutschland verringern will	29
Finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen am stärksten begrenzen will	25
FDP	
Finde gut, dass sie sich in der Flüchtlingspolitik für die Einhaltung von Regeln einsetzt.	73
Ohne Christian Lindner hätte die FDP hier keine Chance.	72
Ich fände es gut, wenn die FDP im Land an der Regierung beteiligt wäre.	56
Wer eine große Koalition verhindern will, muss FDP wählen.	36
Grüne	
Man weiß nicht mehr, was sie im Bund außer Umweltschutz erreichen wollen.	81
Kümmern sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze.	67
Haben für viel Unruhe an den Schulen gesorgt.	59
Haben in NRW wichtige Entscheidungen und Projekte blockiert.	53
Sind eine autfeindliche Partei.	51

WER WÄHLTE WAS? AUSKÜNFTEN DER NACHWAHLBEFRAGUNGEN

Erste methodische Anmerkung: Die Forschungsgruppe Wahlen unterscheidet bei den Berufsgruppen nicht nach dem Erwerbsstatus, in den Berufsgruppe, z.B. „Arbeiter“, sind auch die verrenteten und arbeitslosen Arbeiter enthalten. Infratest dimap wiederum unterscheidet die „Tätigkeit“ als Arbeiter von der des Angestellten usw. und weist Rentner und Arbeitslose gesondert aus.

Zweite methodische Anmerkung: Alle prozentualen Angaben sind relative Angaben. Sie enthalten keine Angabe über die absolute Zahl im Nenner und somit auch nicht über die Zusammensetzung der Wählerschaft einer Partei. Eine hohe Zustimmung unter Arbeitslosen kann gleichwohl bedeuten, dass Arbeitslose nur eine kleine Minderheit unter den Wählern ausmachen, weil ihr absolute Zahl niedrig und ihre Wahlbeteiligung womöglich unterdurchschnittlich ist.

Stimmverhalten nach sozialen Merkmalen (Infratest dimap)						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD
Alle	33	31	6	13	5	7
Geschlecht						
Männer	33	30	5	13	5	9
Frauen	34	32	7	12	4	5
Altersgruppen						
<i>Erstwähler</i>	22	26	11	14	7	6
18-24 Jahre	23	26	11	14	7	6
25-34 Jahre	25	26	8	13	8	9
35-44 Jahre	30	27	8	13	5	9
45-59 Jahre	31	32	8	12	5	8
60-69 Jahre	35	37	4	12	5	6
70 u. älter	46	34	2	13	2	3
60 u. älter	41	35	3	12	3	5
Bildung						
»einfach«	34	41	2	10	3	7
»hoch«	32	27	10	14	6	6
Tätigkeit						
Arbeiter	23	34	4	8	8	17
Angestellte	30	31	8	12	5	8
Selbstständige	36	19	10	21	4	6
Rentner	42	34	2	14	3	4
Arbeitslose	19	38	6	8	10	12

Stimmverhalten nach sozialen Merkmalen (FGW)						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD
Altersgruppen						
unter 30	31	26	7	7	4	6
30-44 Jahre	29	29	8	11	5	8
45-59 Jahre	27	41	8	10	5	7
über 60 J.	40	33	3	11	5	4
Bildung						
Hauptschule	37	32	2	7	5	9
mittl. Reife	31	33	3	12	5	10
Abitur	39	31	8	10	4	5
Hochschule	31	30	11	18	3	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	26	37	3	7	10	8
Angestellte	30	38	7	8	5	5
Beamte	43	24	7	12	2	7
Selbstständige	40	20	6	20	5	7

Auf den folgenden Seiten wird für ausgewählte soziale Merkmale das Parteiwahlverhalten bei den Landtagswahlen seit 2000 (Infratest dimap) bzw. 2005 (FGW) dargestellt. Dabei wird unterschieden nach der Bindungskraft der beiden großen Parteien SPD und CDU und nach den Entscheidungen für die kleineren Parteien. Die zugehörigen Grafiken befinden sich im Anschluss zum Textteil.

Alter

In den jüngeren Altersgruppen (bis 45 Jahre) blieben die Stimmenanteile für SPD und CDU in der Summe weitgehend stabil. Die entscheidende Abwendung von den beiden Volksparteien fand bereits 2010 statt, sie konnte in keiner Altersgruppe nachhaltig umgekehrt werden. Allein bei den 18-24jährigen stieg der Anteil von CDU und SPD leicht von 45% auf 49%. In den Altersgruppen ab 45 Jahren setzte sich die Hinwendung zu kleineren Parteien erkennbar fort, blieb aber deutlich hinter der bei jüngeren Jahrgängen zurück. Von den über 60jährigen wählten nur 24% eine kleinere Partei.

Für alle Altersgruppen gilt: Die SPD verliert, die CDU gewinnt. Der Unterschied im Wahlverhalten der 18-24jährigen zu den über 60jährigen beträgt bei der CDU stabil 18 Prozentpunkte, bei der SPD schmilzt er von 17 auf 9 Punkte, aufgrund der überproportionalen Verluste in den höheren Jahrgängen.

Die Veränderungen bei den kleinen Parteien sind unterschiedlich. Bei der Linkspartei sind sie eher gering (was bei einer Veränderung des durchschnittlichen Stimmenanteils von 2,5% nicht verwundert), bei den anderen Parteien (Grüne, FDP, Piraten, AfD) deutlich stärker. Dies bedeutet aber auch, dass die Linkspartei bei der Umorientierung im parteipolitischen Feld jenseits von SPD und CDU nur eine geringe Rolle spielen konnte.

Erwerbstätigkeit

Unter den erwerbstätigen Arbeitern, die sich an den Wahlen beteiligten, setzte sich die Abwendung von CDU und SPD fort. Während die CDU leicht hinzugewann, von 22% auf 24%, verlor die SPD von 42% auf 34%. Auch die Grünen verloren unter erwerbstätigen Arbeitern stark. Von der Suche nach einer neuen bevorzugten Partei profitierte vor allem die AfD, die mit 17% drittstärkste Partei unter wählenden Arbeitern wurde. Auch die Linkspartei (10%) und die FDP (8%) legten zu.

Unter den erwerbstätigen Angestellten glichen sich die Gewinne der CDU mit den Verlusten der SPD (jeweils 7-8%) aus, der Anteil der kleinen Parteien blieb konstant, aber auch hier gilt: hohe Verluste der Grünen und Piraten, Gewinne vor allem bei FDP und AfD.

Unter den Rentnern verliert die SPD 12 Prozentpunkte, es gewinnen vor allem die FDP und die CDU. Bei den wählenden Arbeitslosen können SPD und CDU jeweils leicht hinzugewinnen, die Grünen verlieren und die 17% der Piratenpartei erscheinen nun als höhere Anteil für FDP und AfD (womit nichts über das individuelle Wahlverhalten der arbeitslosen Piraten-Wähler von 2012 gesagt ist).

Bildung

Bei dem höchsten formalen Bildungsabschluss unterteilt Infratest dimap in »einfachen« (Hauptschule, Volksschule, ohne Abschluss), »mittleren« (mittlere Reife, Abitur) und »hohen« Abschluss, die Forschungsgruppe Wahlen in Hauptschule, Mittlere Reife, Abitur und Hochschulabschluss.

Die Daten der Forschungsgruppe Wahlen zeigen ein gespaltenes Bild. Die Wählerinnen und Wähler mit einem Haupt- oder Realschulabschluss wählen in stärkerem Maße noch als bisher kleinere Parteien, die Abwendung von den großen Parteien setzt sich fort. Die Wählerinnen und Wähler mit Hochschulreife oder Hochschulabschluss kehren teilweise zu den großen Parteien, genauer: zur CDU zurück. Aber: Je höher der Bildungsabschluss, desto verbreiteter ist die Neigung zu kleineren Parteien. 25% der Wählerinnen und Wähler mit einfacher Bildung wählten nicht CDU oder SPD, bei denjenigen mit hoher Bildung hingegen 41%.

Die Verluste der SPD sind bei denjenigen mit höheren Bildungsabschlüssen unterdurchschnittlich, aber bei den Grünen mit jeweils 8 Prozentpunkten besonders stark. Unter den Akademikern gewinnt die FDP besonders deutlich. Unter denjenigen mit Haupt- und Realschulabschluss ist die AfD die Partei mit den größten Zuwächsen.

Unterstellt man, dass alle Wählerinnen und Wähler ohne Hochschulabschluss einen nichtakademischen Beruf ausüben, also als Facharbeitskräfte oder in un- und angelernten Tätigkeiten, dann zeigen sich im zeitlichen Verlauf die fest erratischen Suchbewegungen eines wachsenden Teils nichtakademischer Erwerbstätiger.

Vergleicht man das Wahlverhalten derjenigen mit »einfacher« und »hoher« Bildung, dann offenbart sich einiges über den Klassencharakter von Parteien. Die Abstände im Wahlverhalten beider Gruppen bezüglich der CDU sind eher gering, bei der SPD überwiegen aber auch in Zeiten hoher Verluste immer noch die Anteile bei Personen mit einfacher Bildung deutlich.

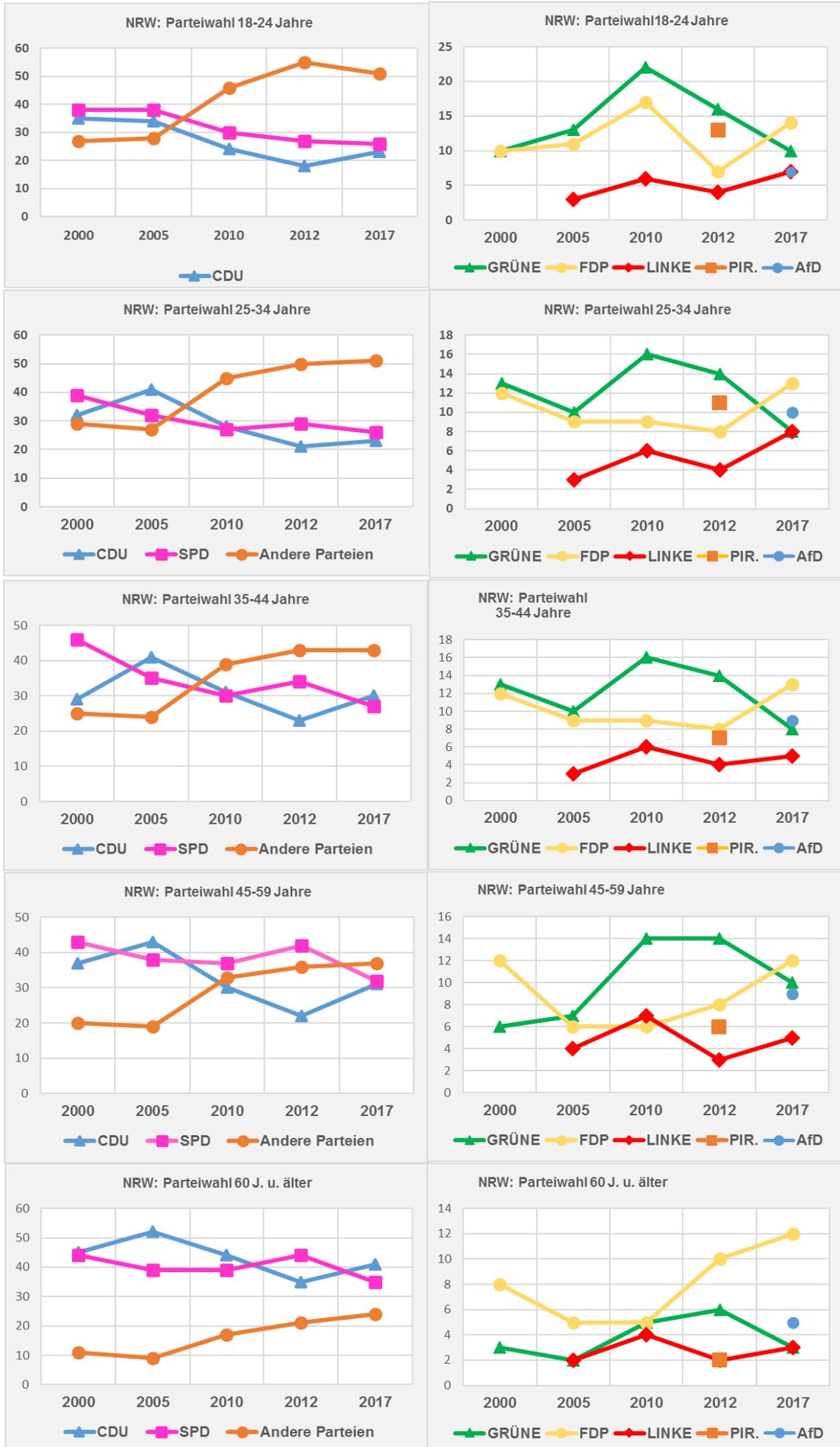
Vollkommen umgekehrt verhält es sich bei den Grünen, die eine moderne Bildungsbürgerpartei sind, wenn auch 2017 der Abstand geschmolzen ist aufgrund der Verluste unter Akademikern. Auch die FDP hat überdurchschnittliche Zustimmung unter Bildungsbürgern, 2017 mit abnehmender Differenz wegen wachsender Zustimmung unter Nichtakademikern.

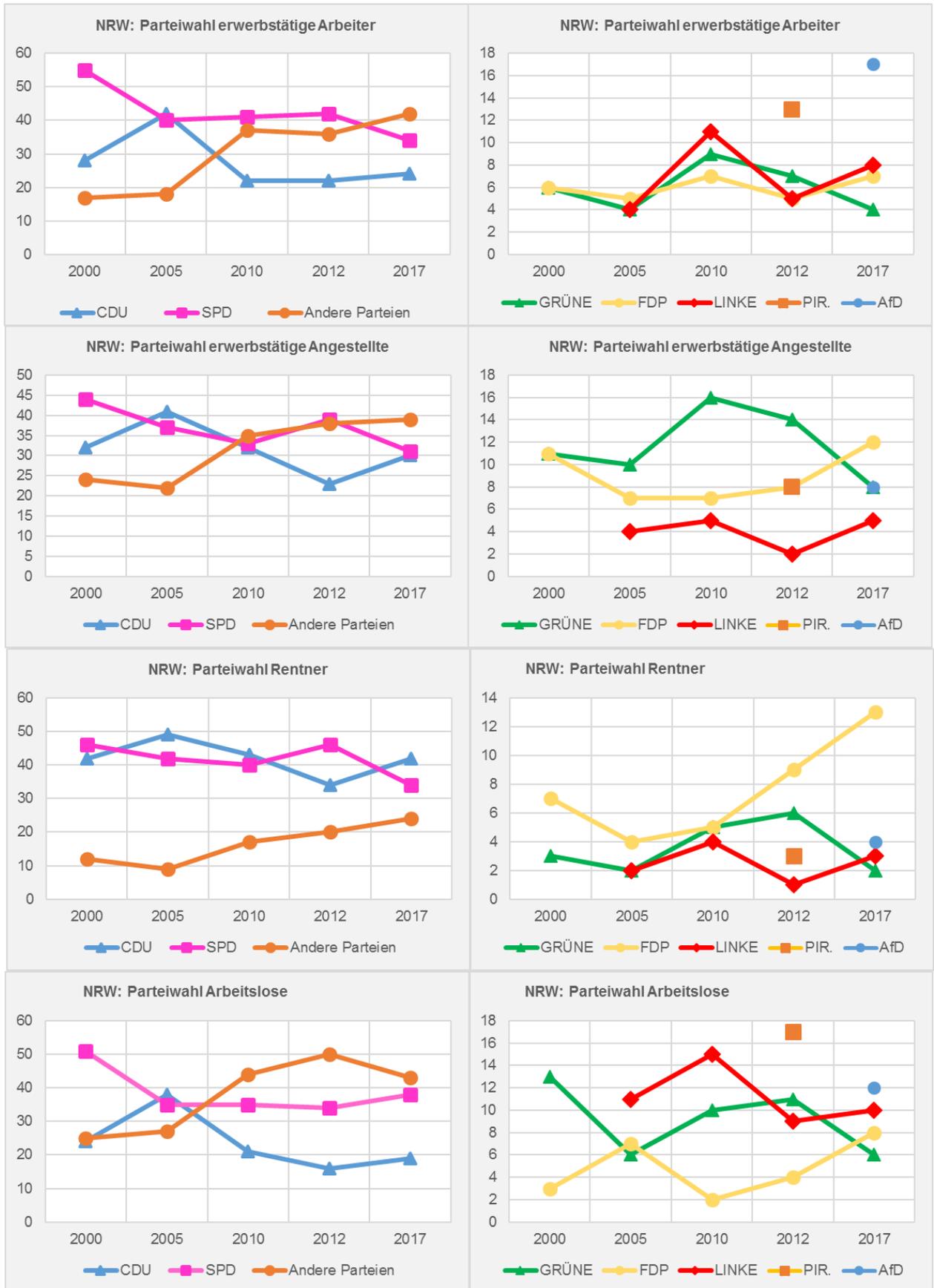
Auch DIE LINKE erzielt unter Akademikern einen leicht höheren Anteil. Insgesamt unterscheidet sich die Zustimmung zur Linkspartei in NRW leicht von den Ergebnissen vorheriger

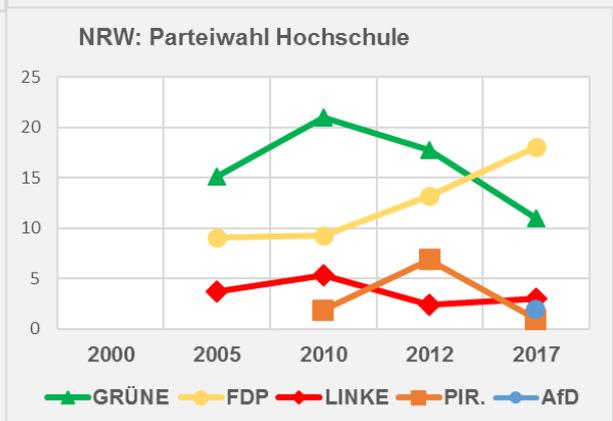
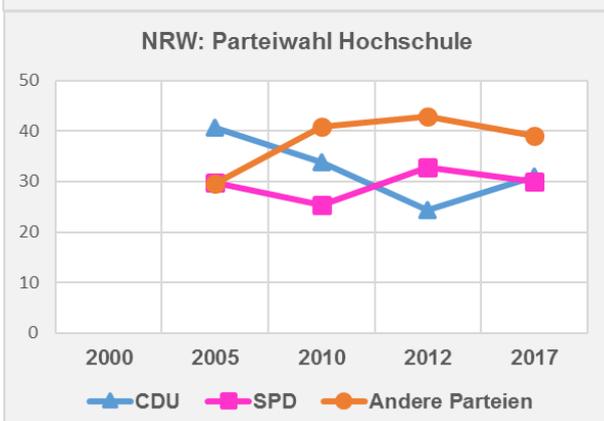
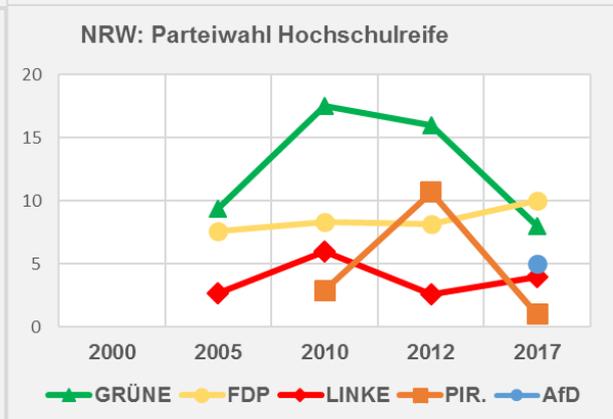
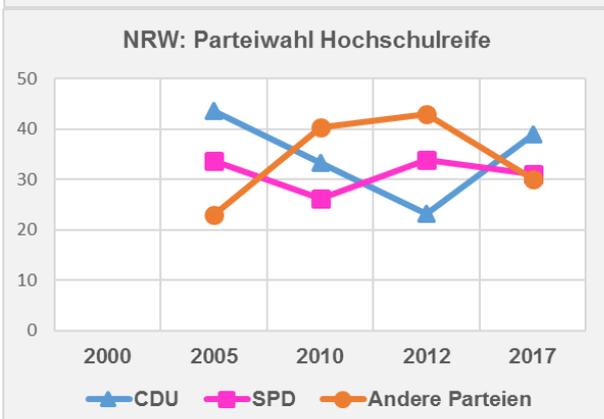
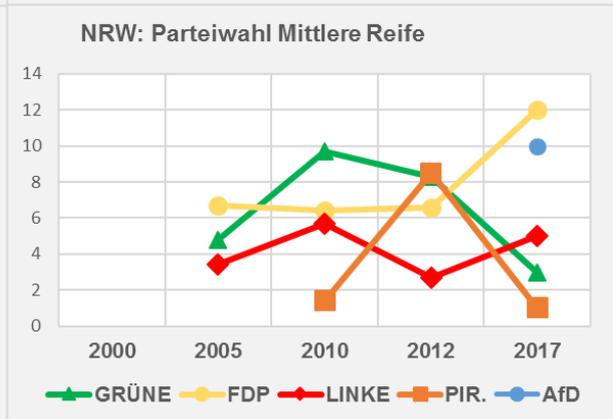
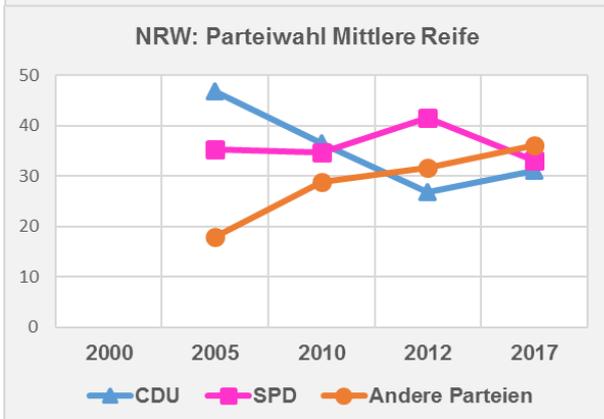
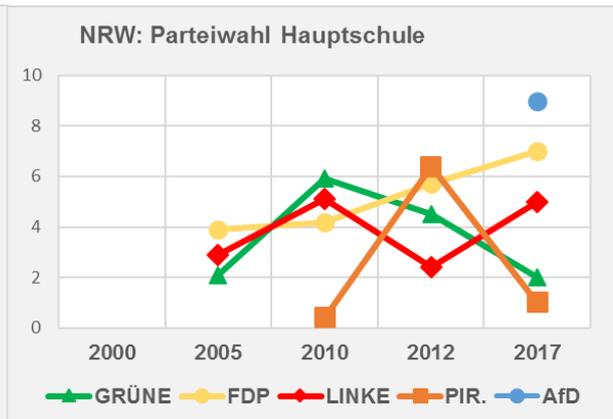
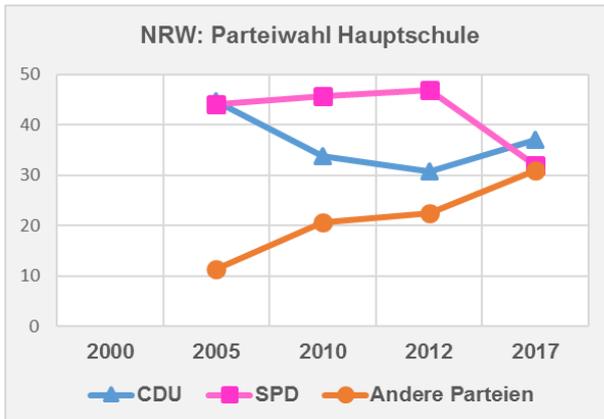
Abstand Wahlverhalten Bildung »niedrig« zu »hoch«					
	2000	2005	2010	2012	2017
CDU	1	2	0	7	2
SPD	20	11	18	16	14
GRÜNE	-13	-10	-13	-12	-7
FDP	-7	-4	-3	-7	-4
LINKE		0	1	-1	-3
PIR.				-3	0
AfD					1

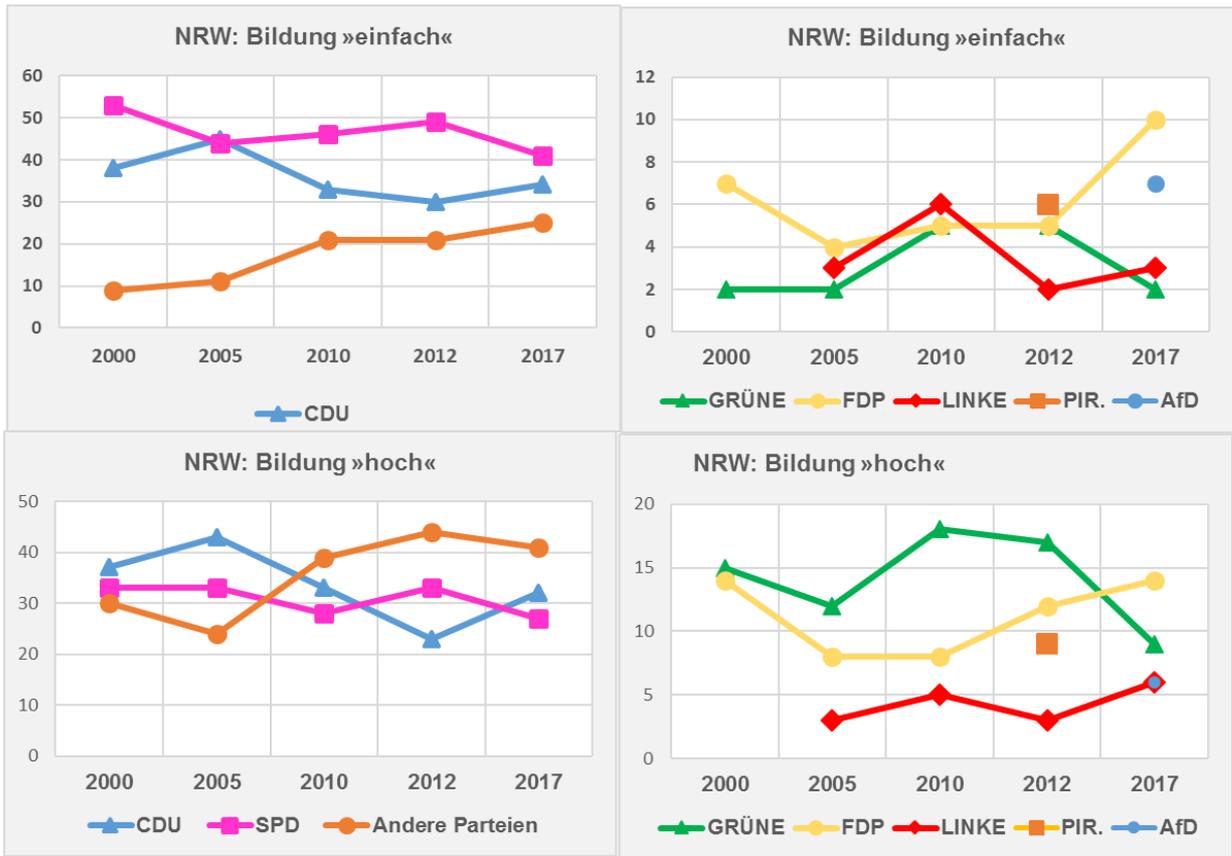
Quelle: Infratest dimap

Landtagswahlen: höhere Zustimmung bei den unter 35jährigen, aber insgesamt eine etwas ausgeglichene Verteilung über die Altersgruppen (mit Ausnahme der über 70jährigen), deutlich überdurchschnittlicher Anteil unter Arbeitern (und Arbeitslosen).









WÄHLERWANDERUNGEN

Zu den Wählerwanderungen wird an dieser Stelle gewöhnlich zurückhaltend berichtet. Die Wanderungssalden besagen wenig über die sich dahinter verbergenden tatsächlich angenommenen Hin- und Herbewegungen zwischen den Parteien, wozu erst die endgültigen Berechnungen der Wählerstromkonten von Infratest dimap Hinweise geben. Unter diesem Vorbehalt lassen sich als wesentliche Bewegungen berichten:

Die SPD verliert vor allem an die CDU und die FDP (zusammen im Saldo 470.000 Stimmen), aber nur 60.000 Stimmen nach links, an die Partei DIE LINKE. Die SPD profitiert auch von der gestiegenen Wahlbeteiligung.

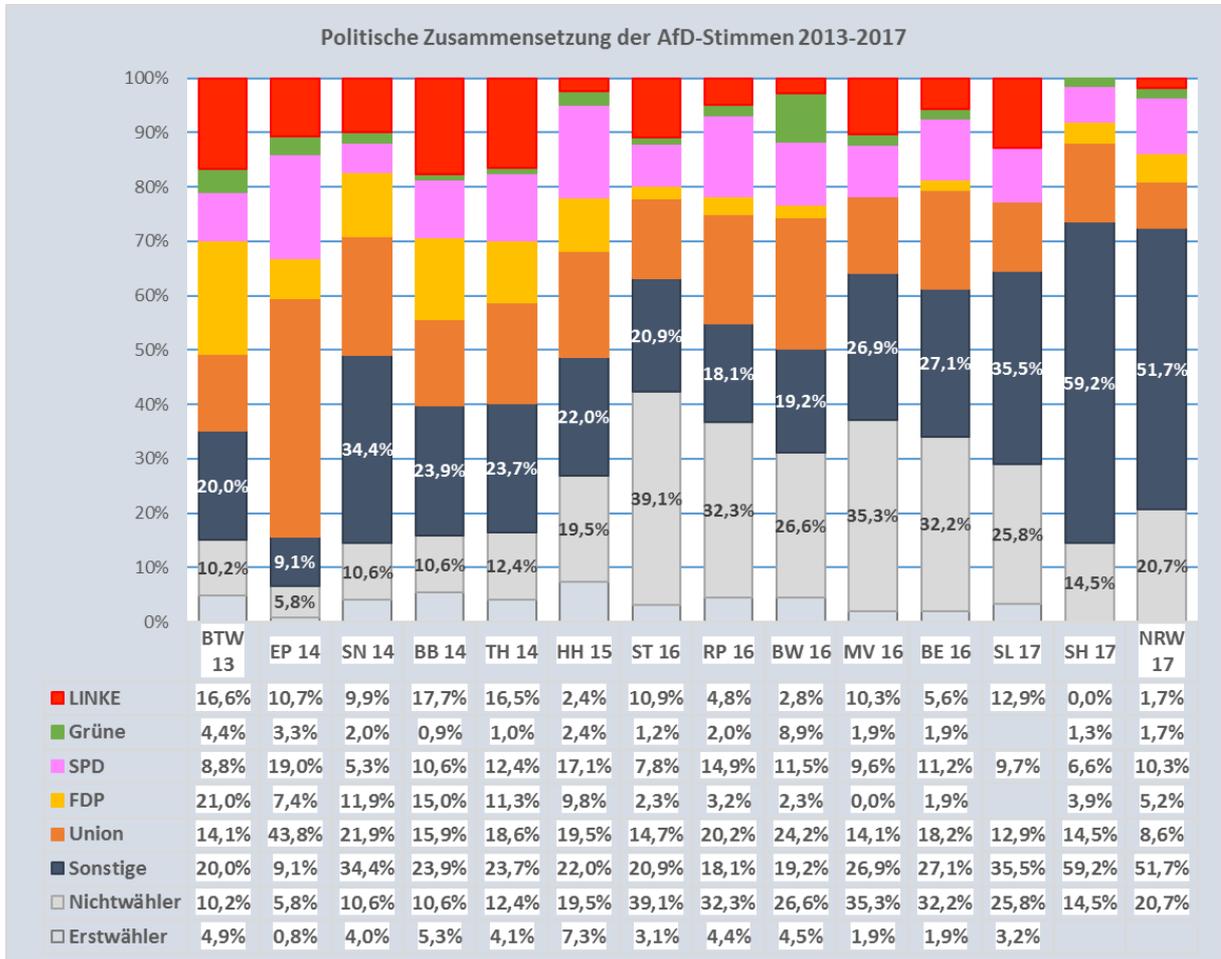
Die CDU gewinnt vor allem durch die höhere Wahlbeteiligung und die Zuwanderung von SPD-Wählern (die womöglich wiederum 2010 CDU-Wähler waren). Vermutlich kommt aber niemand auf die Idee, der CDU jetzt wie der AfD 2016 eine besondere Anziehungskraft für Nichtwähler zuzuschreiben.

Die Grünen verlieren in alle Richtungen, am meisten an CDU und SPD. Im Saldo gehen 130.000 Stimmen nach rechts (CDU, FDP, AfD), 60.000 nach links (DIE LINKE). Nicht spricht dafür, dass den Grünen diese oder jene (Nicht-)Koalitionsaussage genützt hätte, sie haben offenbar als Regierungspartei enttäuscht und konnten in NRW ihre Wähler nicht davon überzeugen, dass sie weiter in der Regierung vertreten sein müssten.

Die FDP erzielt ihr größten Gewinne unter ehemaligen SPD-Wählern.

DIE LINKE gewinnt jeweils 60.000 Stimmen von SPD und Grünen, von den Nichtwählern eher unterdurchschnittlich.

Die AfD schließlich fungiert als Staubsauger auf die Wählerinnen und Wähler der »anderen« kleinen Parteien. Die politische Zusammensetzung der AfD-Wählerschaften hat sich in den Wahlen 2017 gegenüber 2016 wieder verändert: deutlich weniger Wähler der »etablierten« Parteien, deutlich geringerer Anteil von vorherigen Nichtwählern – siehe das folgende Schaubild zur Herkunft der AfD-Wähler nach Vorwahlverhalten.



NRW LTW17: Zweitstimmen-Ergebnis in den Wahlkreisen (vorl.), Rangfolge DIE LINKE (vorl.Ergebnis, 02:00)									
	Wahlkreis	LINKE	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PI.	AfD	Andere
1	Köln III	12,1%	29,7%	19,6%	16,6%	10,6%	1,3%	5,1%	5,0%
2	Bielefeld I	11,9%	31,4%	21,8%	13,9%	10,5%	1,4%	5,0%	4,1%
3	Köln VI	10,8%	28,6%	22,3%	13,4%	12,3%	1,1%	6,1%	5,4%
4	Köln I	8,7%	25,8%	26,6%	13,2%	16,2%	1,0%	4,6%	3,9%
5	Dortmund II	8,7%	35,1%	21,9%	8,8%	9,9%	1,5%	7,8%	6,3%
6	Köln VII	8,6%	31,7%	24,8%	9,9%	11,1%	1,3%	7,3%	5,3%
7	Dortmund I	8,1%	37,4%	20,7%	8,6%	8,5%	1,4%	9,1%	6,2%
8	Wuppertal II	8,1%	31,7%	25,8%	8,9%	12,7%	1,3%	7,5%	4,0%
9	Bochum I	7,8%	36,8%	23,6%	7,1%	9,4%	1,3%	9,4%	4,6%
10	Essen III	7,6%	31,6%	25,9%	8,0%	12,1%	1,1%	8,3%	5,4%
11	Bonn I	7,5%	26,4%	28,9%	12,1%	14,6%	1,0%	5,6%	3,9%
12	Aachen II	7,4%	29,3%	29,2%	10,5%	13,6%	1,3%	5,0%	3,7%
13	Aachen I	7,4%	27,7%	27,0%	12,2%	16,2%	1,5%	4,1%	3,9%
14	Duisburg III	7,4%	37,5%	20,7%	5,6%	8,7%	1,2%	11,9%	7,0%
15	Düsseldorf III	7,1%	25,6%	29,4%	10,1%	18,5%	0,9%	5,0%	3,4%
16	Bochum II	7,0%	33,2%	28,0%	8,1%	12,0%	1,0%	6,8%	3,9%
17	Münster I	6,9%	27,4%	31,3%	13,1%	14,0%	0,9%	3,4%	3,0%
18	Bochum III – Herne II	6,9%	36,9%	23,8%	5,8%	9,1%	1,3%	10,7%	5,5%
19	Münster II	6,8%	28,4%	32,1%	11,8%	13,0%	1,0%	4,0%	2,9%
20	Köln II	6,7%	23,8%	30,8%	12,7%	18,4%	0,8%	3,7%	3,1%
21	Düsseldorf II	6,6%	28,0%	29,7%	8,4%	16,2%	1,0%	6,3%	3,8%
22	Köln IV	6,6%	30,5%	29,4%	8,0%	12,2%	1,0%	8,2%	4,1%
23	Oberhausen I	6,4%	38,8%	24,8%	3,9%	8,1%	1,3%	11,9%	4,8%
24	Wuppertal III – Solingen II	6,2%	31,5%	28,6%	7,6%	13,3%	1,0%	8,1%	3,7%
25	Paderborn II	6,0%	24,3%	37,9%	7,7%	12,0%	1,2%	7,2%	3,7%
26	Bielefeld II	5,9%	33,4%	30,2%	6,2%	10,6%	1,0%	8,6%	4,1%
27	Duisburg I	5,9%	36,2%	26,6%	5,5%	10,7%	0,9%	9,3%	4,9%
28	Ennepe-Ruhr-Kreis II	5,9%	36,9%	24,7%	7,4%	11,7%	1,7%	7,7%	4,0%
29	Wuppertal I	5,8%	33,1%	27,3%	6,3%	12,2%	1,3%	9,8%	4,2%
30	Dortmund IV	5,7%	35,3%	27,1%	6,9%	12,0%	1,2%	7,4%	4,4%
31	Solingen I	5,7%	29,6%	31,0%	6,2%	14,0%	1,2%	8,1%	4,2%
32	Bonn II	5,6%	24,3%	33,0%	9,8%	17,5%	0,8%	5,4%	3,6%
33	Krefeld I – Viersen III	5,6%	31,0%	31,1%	6,3%	14,0%	0,9%	6,7%	4,4%
34	Düsseldorf IV	5,5%	28,6%	31,5%	6,2%	14,5%	0,9%	8,7%	4,1%
35	Siegen-Wittgenstein I	5,4%	32,3%	32,3%	5,8%	10,9%	0,8%	8,4%	4,1%
36	Köln V	5,4%	29,7%	31,2%	7,1%	13,0%	0,9%	8,4%	4,3%

37	Gelsenkirchen II	5,4%	37,5%	22,2%	4,0%	8,6%	1,0%	15,2%	6,1%
38	Mönchengladbach I	5,4%	29,1%	33,6%	5,5%	13,1%	1,1%	8,2%	4,0%
39	Duisburg II	5,4%	38,5%	24,2%	4,8%	9,9%	1,2%	10,7%	5,3%
40	Düsseldorf I	5,4%	24,9%	32,7%	7,5%	19,7%	0,9%	5,7%	3,2%
41	Herne I	5,4%	39,5%	23,5%	4,7%	9,3%	1,5%	11,2%	4,9%
42	Dortmund III	5,3%	39,4%	25,7%	5,8%	10,0%	1,2%	8,6%	4,0%
43	Duisburg IV – Wesel V	5,3%	38,3%	21,8%	3,8%	8,2%	1,0%	14,6%	7,0%
44	Essen II	5,1%	35,5%	27,0%	4,9%	9,8%	1,0%	12,0%	4,7%
45	Oberhausen II – Wesel I	5,1%	38,6%	27,1%	4,7%	10,1%	0,9%	9,5%	4,0%
46	Essen IV	5,1%	29,0%	32,5%	7,6%	15,5%	0,7%	6,5%	3,1%
47	Recklinghausen I	5,0%	36,1%	28,3%	4,7%	10,2%	1,0%	10,3%	4,4%
48	Wesel IV	5,0%	37,2%	28,1%	4,7%	11,1%	1,1%	8,7%	4,1%
49	Gütersloh I – Bielefeld III	5,0%	33,1%	31,1%	8,6%	12,5%	0,9%	5,9%	2,9%
50	Remscheid – Oberbergischer Kreis III	5,0%	30,5%	32,5%	5,2%	13,0%	1,1%	8,3%	4,4%
51	Lippe III	4,9%	35,7%	28,7%	6,5%	11,1%	0,9%	6,8%	5,4%
52	Mülheim I	4,9%	34,9%	27,3%	6,2%	13,7%	0,8%	8,6%	3,6%
53	Ennepe-Ruhr-Kreis I	4,8%	35,1%	28,9%	6,0%	12,9%	1,1%	7,5%	3,7%
54	Minden-Lübbecke II	4,8%	38,7%	27,6%	6,6%	10,9%	1,0%	7,5%	2,9%
55	Mönchengladbach II	4,8%	26,0%	38,0%	5,2%	14,1%	1,0%	6,9%	4,0%
56	Recklinghausen V	4,8%	38,7%	27,9%	4,4%	9,6%	1,0%	9,4%	4,2%
57	Essen I – Mülheim II	4,7%	38,6%	24,3%	4,0%	9,5%	0,9%	13,1%	4,9%
58	Gelsenkirchen I	4,7%	38,2%	23,6%	3,8%	9,6%	0,9%	14,1%	5,1%
59	Leverkusen	4,7%	31,0%	31,4%	6,1%	12,8%	1,1%	8,3%	4,6%
60	Hagen I	4,6%	34,1%	30,0%	4,4%	11,4%	1,0%	9,9%	4,6%
61	Unna I	4,6%	36,5%	28,3%	6,5%	12,0%	1,1%	7,2%	3,8%
62	Rhein-Sieg-Kreis IV	4,5%	27,8%	35,2%	5,9%	14,1%	1,0%	7,5%	4,0%
63	Herford I – Minden-Lübbecke III	4,5%	34,6%	32,0%	6,3%	10,8%	0,9%	7,7%	3,2%
64	Recklinghausen III	4,5%	36,7%	29,4%	3,7%	9,9%	1,0%	10,9%	3,9%
65	Rhein-Sieg-Kreis II	4,5%	24,9%	36,5%	7,2%	16,6%	0,8%	6,4%	3,1%
66	Mettmann IV	4,4%	31,3%	31,7%	5,3%	13,8%	1,2%	8,7%	3,6%
67	Recklinghausen II	4,4%	38,4%	27,1%	3,7%	9,6%	1,1%	11,0%	4,7%
68	Märkischer Kreis I	4,4%	32,4%	33,6%	3,9%	11,2%	1,0%	9,7%	3,8%
69	Rheinisch-Bergischer Kreis I	4,4%	26,2%	34,3%	8,6%	16,5%	0,7%	6,2%	3,1%
70	Unna III – Hamm II	4,4%	44,6%	23,3%	4,9%	8,4%	1,1%	8,8%	4,5%
71	Wesel III	4,4%	34,0%	33,1%	4,9%	12,2%	0,9%	7,2%	3,3%
72	Hamm I	4,3%	38,8%	30,5%	4,3%	9,3%	0,9%	8,2%	3,7%
73	Unna II	4,3%	37,5%	29,3%	4,6%	9,9%	1,1%	8,8%	4,5%

74	Rhein-Erft-Kreis II	4,3%	31,4%	33,9%	5,7%	12,9%	1,0%	7,4%	3,4%
75	Bottrop	4,3%	38,1%	27,5%	3,9%	9,5%	0,8%	11,0%	4,9%
76	Soest II	4,3%	31,7%	36,2%	4,9%	12,6%	0,8%	6,9%	2,6%
77	Rhein-Sieg-Kreis I	4,2%	26,1%	36,7%	7,1%	14,5%	0,9%	6,9%	3,6%
78	Märkischer Kreis III	4,2%	33,4%	32,8%	4,4%	12,4%	0,7%	8,2%	3,9%
79	Wesel II	4,2%	34,0%	34,0%	4,9%	11,4%	0,8%	7,2%	3,5%
80	Hagen II – Ennepe-Ruhr-Kreis III	4,2%	36,1%	28,4%	4,8%	12,1%	0,9%	9,2%	4,3%
81	Rhein-Erft-Kreis III	4,2%	30,4%	33,4%	6,2%	13,6%	0,8%	7,9%	3,5%
82	Soest I	4,1%	31,6%	35,6%	5,3%	12,6%	0,8%	7,0%	3,0%
83	Recklinghausen IV	4,1%	34,1%	34,2%	4,5%	10,4%	1,0%	8,4%	3,3%
84	Herford II – Minden-Lübbecke IV	4,1%	37,6%	30,7%	5,9%	9,9%	0,9%	7,7%	3,2%
85	Mettmann II	4,1%	28,0%	33,5%	6,3%	16,2%	0,8%	7,8%	3,3%
86	Rhein-Kreis Neuss I	4,1%	27,5%	35,8%	5,5%	14,9%	1,2%	7,3%	3,7%
87	Oberbergischer Kreis II	4,1%	28,1%	37,6%	5,1%	12,6%	0,8%	8,2%	3,5%
88	Mettmann I	4,0%	27,5%	35,3%	5,6%	15,2%	1,1%	7,4%	3,9%
89	Gütersloh II	4,0%	31,8%	35,3%	7,4%	11,0%	0,8%	6,4%	3,3%
90	Düren II – Euskirchen II	4,0%	29,3%	37,3%	5,3%	12,1%	0,9%	7,8%	3,3%
91	Krefeld II	3,9%	30,8%	33,4%	5,7%	15,8%	0,9%	6,2%	3,3%
92	Viersen I	3,9%	27,2%	37,8%	5,5%	15,2%	0,9%	6,0%	3,5%
93	Aachen III	3,9%	37,9%	31,0%	4,6%	11,0%	1,0%	7,1%	3,5%
94	Oberbergischer Kreis I	3,9%	27,2%	39,7%	5,3%	12,9%	0,9%	6,8%	3,3%
95	Mettmann III	3,9%	27,0%	35,9%	5,6%	16,7%	0,9%	6,9%	3,1%
96	Lippe II	3,9%	37,1%	30,2%	5,8%	10,8%	1,0%	6,9%	4,3%
97	Heinsberg II	3,8%	28,4%	38,6%	5,2%	12,0%	1,0%	7,0%	4,0%
98	Lippe I	3,8%	33,4%	29,9%	5,7%	12,5%	0,9%	8,3%	5,5%
99	Aachen IV	3,8%	35,3%	33,2%	4,8%	12,0%	0,9%	6,7%	3,3%
100	Euskirchen I	3,7%	27,0%	38,6%	5,1%	13,8%	0,8%	8,0%	3,0%
101	Rheinisch-Bergischer Kreis II	3,7%	25,0%	37,1%	6,3%	17,2%	0,7%	6,6%	3,4%
102	Steinfurt II	3,6%	30,9%	41,4%	5,3%	10,6%	0,8%	4,5%	2,9%
103	Rhein-Sieg-Kreis III	3,6%	23,5%	39,1%	6,4%	16,8%	0,8%	6,8%	3,0%
104	Warendorf II	3,5%	32,9%	38,3%	4,7%	11,0%	0,8%	6,1%	2,7%
105	Kleve II	3,5%	29,9%	39,8%	5,2%	12,5%	0,8%	5,8%	2,5%
106	Siegen-Wittgenstein II	3,5%	33,3%	36,0%	4,4%	11,1%	0,6%	8,0%	3,1%
107	Düren I	3,5%	33,3%	35,7%	4,5%	11,3%	0,9%	7,2%	3,6%
108	Steinfurt III	3,5%	37,8%	35,9%	6,0%	9,4%	0,6%	4,6%	2,2%
109	Minden-Lübbecke I	3,4%	34,4%	36,5%	4,9%	10,1%	0,8%	6,9%	3,0%
110	Viersen II	3,4%	27,1%	38,9%	5,1%	16,0%	0,8%	5,8%	2,9%

111	Heinsberg I	3,4%	27,9%	43,4%	4,5%	10,5%	0,9%	6,0%	3,4%
112	Paderborn I	3,4%	22,1%	48,4%	4,7%	11,8%	0,7%	6,5%	2,4%
113	Märkischer Kreis II	3,3%	30,4%	37,3%	3,9%	12,4%	0,8%	8,4%	3,5%
114	Steinfurt I	3,3%	28,5%	43,1%	6,2%	11,2%	0,8%	4,3%	2,6%
115	Rhein-Erft-Kreis I	3,3%	30,9%	35,2%	4,9%	13,5%	0,8%	8,1%	3,3%
116	Rhein-Kreis Neuss II	3,2%	29,5%	35,9%	4,3%	14,3%	1,1%	7,7%	4,0%
117	Höxter	3,2%	26,4%	45,4%	4,4%	11,0%	0,8%	6,3%	2,5%
118	Warendorf I	3,2%	27,7%	42,2%	6,3%	12,4%	0,7%	4,9%	2,6%
119	Coesfeld II	3,1%	27,5%	42,8%	5,6%	12,9%	0,8%	5,0%	2,3%
120	Kleve I	3,1%	25,6%	44,0%	4,7%	13,4%	0,9%	5,5%	2,8%
121	Hochsauerlandkreis I	3,1%	27,5%	43,1%	4,2%	12,7%	0,9%	5,8%	2,7%
122	Gütersloh III	3,0%	25,9%	44,1%	5,5%	12,3%	0,8%	5,5%	2,9%
123	Rhein-Kreis Neuss III	3,0%	23,2%	38,8%	5,7%	19,9%	0,9%	5,7%	2,8%
124	Hochsauerlandkreis II	2,9%	24,9%	47,4%	3,1%	11,5%	0,7%	5,9%	3,6%
125	Borken II	2,6%	26,0%	48,8%	4,1%	11,4%	0,8%	4,2%	2,1%
126	Coesfeld I – Borken III	2,5%	25,5%	46,7%	5,7%	12,6%	0,7%	4,2%	2,1%
127	Borken I	2,5%	28,0%	45,4%	5,1%	11,3%	0,7%	4,7%	2,3%
128	Olpe	2,4%	23,8%	49,4%	3,3%	12,5%	0,7%	5,3%	2,6%

»Wahlrechtberichte«

Die »Wahlrechtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Die jeweiligen Autoren geben ihre persönliche Meinung wieder.

Die Analysen entstehen in der jeweiligen Wahlrecht und basieren auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden eigenen Erkenntnissen und vor allem der Wahlrechtberichterstattung von Infratest dimap für die ARD und der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF. Das Zustandekommen der Umfrageergebnisse und ihre methodologische Basis ist für die Autoren der »Wahlrechtberichte« nicht überprüfbar, auf die Einhaltung der üblichen wissenschaftlichen Standards wird vertraut. Insofern stehen die Bewertungen in den Wahlrechtberichten unter diesem Vorbehalt.

Ältere Ausgaben der Wahlrechtberichte sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/-innenschaft etc. finden sich u.a. hier:

<http://www.benjamin-hoff.de>; <http://www.horstkahrs.de>;
<https://www.rosalux.de/staatdemokratie/parteienwahlanalysen.html>

Die Autoren:

Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Seit Dezember 2014 ist er als Chef der Staatskanzlei des Freistaates Thüringen tätig. Kontakt: b.hoff@sussex.ac.uk

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen und ist am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Lohn und Brot. Kontakt: Horst.Kahrs@rosalux.org.